

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Veranstaltung: Tagesblatt Rieser.
Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Dresden 1200
Girokonto Rieser Nr. 22.

Nr. 156.

Freitag, 7. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 22.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 5.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachzahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Kündigungs- und Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. F. Teichgraber, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Beamten-Wohnungs-Bauvereins in Gröba (Elbe) eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Gröba, ist der Schlichter, insbesondere auch zur Beratung des Vorstands des Konkursverwalters, die nachträgliche Erhebung der Forderungen zu unterlassen, auf den 27. Juli 1922, vormittags 10 Uhr vor dem hiesigen Amtsgericht bestimmt worden.
Amtsgericht Rieser, den 3. Juli 1922.

Auf Blatt 431 des Handelsregisters, die Firma Tenner & Co., G. m. b. H. in Strebla betr., ist heute eingetragen worden: Der Geschäftsführer Leo Grab ist ausgeschieden.
Amtsgericht Rieser, den 3. Juli 1922.

Auf Blatt 438 des Handelsregisters, die Firma Robert Hauswald in Rieser betr., ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Friedrich Franz Wills Odet in Rieser ist in das Handelsregister eingetragen. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Juli 1922 begonnen. Die Firma lautet künftig: Robert Hauswald & Co. in Rieser.
Amtsgericht Rieser, den 4. Juli 1922.

Auf Blatt 12 des Genossenschaftsregisters, die Spar- und Baugenossenschaft, e. G. m. b. H., zu Gröba betr., ist heute eingetragen worden: Ernst Adler in Gröba ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Der Handlungsgehilfe Eduard Jilms in Gröba ist Mitglied des Vorstandes.
Amtsgericht Rieser, den 1. Juli 1922.

Montag, den 10. Juli 1922, nachm. 2 Uhr
1 Schreibmaschine (Erika) mit Rollen
soll in Seibthain-Lager, Rantine Stelmert.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Rieser, am 7. Juli 1922.

Vertikales und Sächsisches.

Rieser, den 7. Juli 1922.

— **Verbandsstagnation in Rieser.** Am 23. und 24. Juli finden hier die Verbandsstagnationen der Berufs- und Wirtschaftsverbände des Sächsischen Schmied- und Schlosserhandwerks statt. Bei diesen Stagnationen wird ein einseitiger Landes-Wirtschaftsverband für das gesamte sächsische Schmied- und Schlosserhandwerk geschaffen, der einen festen Zusammenschluss der beiden Berufsgruppen herbeiführen soll. In diesem Zweck hat gestern hier eine gemeinschaftliche Sitzung der Verbände der beteiligten Verbände stattgefunden, in welcher die endgültige Tagesordnung festgelegt worden ist, sodass die offiziellen Einladungen in den nächsten Tagen hinausgehen können. Der Antrags-Ausschuss des Handwerks zu Rieser wird bei dieser Gelegenheit am 23. Juli abends in den Räumen des Hotel zum Stern einen Handwerkerabend für das gesamte Handwerk von Rieser und Umgegend abhalten, an dem unter anderem musikalische, gelungene und tanzartige Darbietungen der Wege des alten bewährten Handwerks dienen sollen und wozu heute schon alle Handwerkermeister mit ihren Frauen, Söhnen und Töchtern aufgerufen werden. Die Vorbereitungen sind bereits im Gange und es ist zu hoffen, dass die Veranstaltungen einen guten Erfolg zeitigen.

— **Dienstjubiläum.** Am 2. Juli beging der Eisenbahn-Oberbetriebsrat Manewald sein 30jähriges Dienstjubiläum.

— **Elternversammlung.** Die Leitung der Mädchenschule hatte für Mittwoch auf Grund der ortsgesetzlichen Bestimmungen eine Elternversammlung zu dem Zwecke einberufen, sich darüber schlüssig zu werden, ob auch für künftig ein Elternrat gewählt werden solle oder nicht. Der Schuldirektor Dankwart begrüßte die Erschienenen und gab dem Vorsitzenden des bisherigen Elternrates, Herrn Jurmann, das Wort zu einem Bericht über die Tätigkeit des bisherigen Elternrates. Herr Jurmann betonte die Wichtigkeit der Elternratsrechte durch das Gesetz und konnte mit Genugtuung feststellen, dass der Elternrat zu besonderen Eingriffen Veranlassung nicht gefunden habe. Herr Lehrer Hager berichtete sodann über die im Übergangsschulgesetz und in den Verordnungen festgelegten Bestimmungen über Elternräte. Weiterhin legte Herr Jurmann die in der Ortschulordnung vorhandenen Schwierigkeiten dar, die einer Neuwahl des Elternrates entgegenstehen. Es besteht nämlich die Vorschrift, dass stets erst eine von mindestens einem Drittel der Elternschaft besuchte Elternversammlung beschließen muss, wieder einen Elternrat zu wählen. Dieses Drittel beträgt für die Mädchenschule rund 600. Die Elternversammlung war jedoch nur von 210 Erziehungsberechtigten besucht. Somit wäre die Möglichkeit, aus neuer Elternrat zu wählen, entfallen. Herr Jurmann beantragte, auf Veranlassung dieser ortsgesetzlichen Bestimmungen durch die städtischen Körperschaften hinzuwirken, und die Anwesenden beschloßen einstimmig in diesem Sinne, ebenso beschloß man, Anregung zu geben, dass nach der Wahl eines gemeinsamen Elternrates der Carolin- und Albertschule für erfolgreiche Trennung der Elternräte zu wählen seien. Somit dürfte es namentlich auch im Hinblick auf die nächsten Sommerferien kaum erst noch einmal zur Wahl eines gemeinsamen Elternrates der Mädchenschule kommen.

— **Landgericht Dresden.** Unter der Aktenbezeichnung Mall und Genossen verhandelte die 7. Strafkammer gegen die Gründer des Victoria-Kongress, die sich wegen Betrugs, gewerbsmäßigen Glücksspiels, Konkursvergehens und Beihilfe zu vorerwähnten Delikten zu verantworten hatten. Der Hauptangeklagte war der 1887 zu Bregenz geborene Kaufmann Oskar Mall, der seit Sommer 1919 in Dresden ein Papiergeschäft bzw. einen Kunstverlag betriebe hatte, damit aber in Konkurs geraten war. Im Sommer vergangenen Jahres gründete Mall, der mehrfach als der Baron Moosburg aufgetreten war, und der als sehr vermöglicher Mann galt, im übrigen aber ohne Moos war, den Victoria-Kongress. Neu war bei diesem Unternehmen, dass auch Kriegsanleihe zum Kennwerte in Zahlung genommen wurde, der dann gleichfalls nach zwei Monaten doppelt zur Rückzahlung kommen sollte. Schon beim Verkauf der Kriegsanleihe entstanden infolge des ganz niedrigen Kurzes große Verluste. Die Umsatzen betragen rund 20 Millionen Reichsmark, von denen 10 Millionen 900 000

Mark als verloren. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Dr. Reichelt, die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Schubert, als Verteidiger waren die Rechtsanwälte Justizrät Dr. Mann, Wiese und Dr. Hoffmann tätig, zur Klärung des Sachverhaltes waren mehrere Sachverständige und eine große Anzahl Zeugen geladen. In der langen Beweisaufnahme, die sich bis in die Abendstunden hinauf, wurden ausführlich die Kongressorganisation, der übliche Prospekt, und vornehmlich das Bettstücken besprochen, das die großen Gewinne bringen sollte, in Wirklichkeit aber einen Verlust nach dem anderen zur Folge hatte, einen weiteren breiten Raum in den Erörterungen nahmen die Nachführung ein und damit zusammenhängend Klärung der Frage, ob auch Konkursvergehen vorliegen. In später Abendstunde konnte das Urteil verkündet werden, der Hauptangeklagte Mall wurde wegen Betrugs, gewerbsmäßigen Glücksspiels, Konkursvergehens und weiter auch, da er bei der Festnahme einen Revolver in Gewahrsam hatte, wegen unbefugten Waffenbesitzes zu insgesamt sieben Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt, von drei weiteren Mitangeklagten wurden zwei gänzlich freigesprochen, ein dritter lediglich wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels und Konkursvergehens mit einer Geldstrafe bestraft. Bei Mall gilt die Strafe bis auf 50 000 Mark durch die erlittene lange Untersuchungshaft als verbüßt.

— **Gemeinamtes Schöffengericht Dresden.** Eine größere Strafsache, die ein besonderes öffentliches Interesse beanspruchte dürfte, stand vor dem „Gemeinamten Schöffengericht Dresden“ zur Verhandlung an. Die Anklage betraf fahrlässige Tötung, und war erhoben worden gegen den 1878 zu Promnitz geborenen, in Kleinrossitz bei Großenhain wohnhaften früheren Decker und Maschinenführer, den jetzigen Homöopathen und Friseurmeister Friedrich Ernst John, dem der Öffnungsbeschluss zur Last legte, den Tod der vier Monate alten Tochter des Geschäftsführers Paul Gutmann in Passhöhe zu verschulden zu haben. Der Angeklagte gab an, er habe die Volksschule besucht, sei dann später als Decker und Maschinenist in einer Großenhainer Fabrik tätig gewesen, und habe sich nebenbei stark mit homöopathischen Schriften befasst. Auf diese Weise sei er zum Friseurmeister und Homöopathen gekommen, und betreibe in Kleinrossitz als solcher sein Gewerbe. Der Angeklagte gab an, er arbeite nur mit Lampe und Augenspiegel, er wolle nur beratend, nicht aber behandelnd er seine Patienten. Dagegen er die Krankheit seiner Patientin erkannt und festgestellt, dann verordnete er die dafür bestimmten Mittel, die in jeder Apotheke zu haben sind. In der Homöopathie gebe es bereits 450 verschiedene Heilmittel, hergestellt von Dr. Schwabe in Leipzig. So sei er Ende November 1921 zu dem Geschäftsführer Paul Gutmann nach Passhöhe gerufen worden, dessen im August geborne Tochter stark mit Kopf-Ansprung behaftet gewesen ist. John führte hierzu weiter aus, dass er drei verschiedene homöopathische Mittel verordnet habe, es sei anfänglich eine Besserung zu verzeichnen gewesen, dann wurde es ganz plötzlich schlechter, besonders die Augen gingen in Eiterung über. Daraufhin wurde Dr. med. Arnold aus Großenhain herbeigezogen, der das Kind in eine Dresdener Augenklinik bringen ließ, dort ist es bereits am nächsten Tage angeblich an allgemeiner Schwäche verstorben. Der Angeklagte bestritt jede Schuld an dem Tode des Kindes, er könne viele Fälle nachweisen, wo der Arzt verstorbe, und die homöopathischen Heilmittel dann noch Rettung gebracht haben. Die Eltern des Kindes, Geschäftsführer Gutmann und Frau, wurden als Zeugen gehört, ihre Angaben deckten sich im allgemeinen mit der Darstellung des Angeklagten. — Zeuge und Sachverständiger Dr. med. Arnold sagte aus, wann er zu dem Kind gerufen, und in welchem Zustand er selbiges gefunden habe, es makte sofort nach einer Rinne gebracht werden. Bei dem kleinen Mädchen handelte es sich um einen ausgebreiteten, weit vorgeschrittenen Ausschlag, die Hornhaut beider Augen war zerstört, und damit die Gesicht des Kindes verloren gegangen. — Medizinalrat Gerichtsarzt Dr. Döppe führte als Sachverständiger zunächst aus, die Behandlung des Anspruchs, der Schorbildung bei Kindern, sei ein sehr mühsames Verfahren, das sich nicht nach der Schablone durchführen lasse. Jekthrie Hornhaut lasse sich nicht wieder erheben. Der Angeklagte besäße nicht die geringsten Vorkenntnisse über Heilungsprozesse im menschlichen Körper, er habe keinerlei Idee von der Heilweise und den Wirkungen seiner angewendeten Mittel. Die obigen Unterlassungsünden seien an diesem kleinen Mäd-

chen begangen worden, hätte John die Schwellungen an den Augenlidern beachtet, konnte die Erblindung des Kindes verhindert werden. Der Angeklagte habe seinen Begriff von Anatomie, er sei für die Folgen seiner Handlungswelt verantwortlich zu machen. — Staatsanwalt Dr. Schreier forderte die Bestrafung des Angeklagten, der das Gewerbe als Heilkundiger wohl angemeldet, aber seine Berufspflicht gründlich verletzt habe. John habe das Publikum in schwere Gefahr gebracht, die schlimmen Folgen seiner leichtfertigen Handlungswelt seien bei der Strafverurteilung besonders zu erwägen und strafhöhernd in Betracht zu ziehen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zu 4000 Mark Geldstrafe, hilfsweise zu 17 Tagen Gefängnis. Landgerichtsrat Dr. Adersmann führte in der Urteilsbegründung aus, der Angeklagte habe ganz fahrlässig gehandelt, und seine Pflichten gründlich verletzt. Von der Anklage der fahrlässigen Tötung erfolgte Freisprechung. In Anbetracht der schweren Folgen konnte die Strafe auch nach der neuen Verordnung vom 21. Dezember vergangenen Jahres nicht allzu niedrig bemessen werden.

— **Der Verbandsrat Deutscher Bäckerinnungen**, der in Leipzig tagt, nahm nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Biener-Chemnitz über „Die soziale Gesetzgebung in ihrer Auswirkung auf das Bäckergewerbe“ eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt: „Der Zentralverband wendet sich gegen die schädliche Überbelastung und den einseitigen Zuschnitt der neueren sozialen Gesetze und Gesetzentwürfe auf die Verhältnisse des Großgewerbes und wagt vor falschen Wegen der Sozialgesetzgebung, die schon jetzt immerhin ungesund und wirtschaftlich gefährdet ist. Der Zentralverband erachtet die Schaffung leistungsfähiger Vorjorge-Einrichtungen für selbständige Handwerker gegen die Mängel des Alters, der Analfabizität und der Krankheit als eine unabwiesbare zeitgemäße Pflicht, der die öffentlichen Vertretungsorgane des Handwerks in gemeinsamer Arbeit zu dienen haben.“ Weiter sprach über die Steuererleichterung des Reichstagsabgeordneter Schreyer (Lof). In der angenommenen Resolution fordert der Zentralverband eine Reform der Steuererleichterung des Reichstags, die eine schwere Belastung des gewerblichen Mittelstandes bedeuteten, im Sinne einer größeren Vereinfachung. Alle gemeinlichen Sondersteuern (soziale Abgaben) werden als verkappte Gewerbesteuer abgelehnt.

— **Zur Frage der Notlage der Studenten.** In einigen Blättern war in einem Bericht über eine Rede, die der Herr Ministerpräsident Bud vor Leipziger Studenten gehalten hatte, fälschlicherweise gemeldet worden, der Ministerpräsident habe folgendes erklärt: „Wegen des Friedensvertrages und der auferlegten Lasten wäre er nicht imstande, den Akademikern in ihrer Not zu helfen. Sie könnten sich als Ausschüßkassierer bei der Straßenbahn noch 100 Mark am Tage verdienen, das andere die Not der Akademiker.“ Auf Anfrage an der zuständigen Stelle wird dem F. S. D. mitgeteilt, dass dieser Bericht falsch sei. Der Ministerpräsident habe vielmehr das Gegenteil, nämlich folgendes gesagt: „Die Notlage mancher Studenten ist vielerorts so groß, dass gelegentlich der eine und andere Ausschüßarbeiten verrichten muß. Mir ist bekannt, daß Studierende in einer sächsischen Stadt als Ausschüßkassierer bei der Straßenbahn Sonntagsdienst für 100 Mark tun, um das Studium überhaupt zu erlangen.“

— **Beschwerden über Verbote von Versammlungen, Vereinigungen und Druckschriften** auf Grund der Ausnahmebestimmungen des Reichspräsidenten müssen an die Landeszentralbehörden und nicht an die Reichsbehörden gerichtet werden.

— **Gegen die Sonderbesteuerung der Ausländer.** Der Sächsischer Verfassungsverband hat auf seiner letzten Vorstandssitzung beschlossen, allen Städten zu raten, von einer besonderen Besteuerung der Ausländer abzusehen. Dresden und Chemnitz haben in diesem Sinne ihre Beherbergungssteuer bereits verabschiedet.

— **Abwehr der Verdächtigungen.** Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband schreibt und folgends: „Kommunistische, unabhängige und mehrheitssozialistische Blätter bringen Verleumdungen und Notizen, darin die Behauptung aufgestellt wird, ein Teil der Mitglieder unseres Verbandes sei in politischen Geheimorganisationen zusammengeschlossen. Der Zweck einer solchen Verdächtigung vertritt gerade in der letzten

Der Herrscher Regierung, ist allen durchsichtig. Man will damit die Behörden auf den Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband aufmerksam machen und ihn als einen Verband mit gewissem politischen Wirken veranschauligen, die mit den Erbsen- und Mathemau-Mördern irgendwelche Verbindungen unterhalten. In dem gleichen Zweck haben schon kürzlich die sozialistischen Blätter eine Zeugnisaussage im Stilingerprozess falsch wiedergegeben, indem sie einem Zeugen die von ihm gar nicht ausgesagte und tatsächlich unrichtige Behauptung in den Mund legten, der Erbsenmörder der Schutz sei Mitalled des DDB. Da für die Verdächtigungen auch nicht ein Schatten des Beweises zu erbringen ist, nicht man die von einem Verwaltungsmittglied des DDB, dem Hrn. Lambach, über Mathemau geschriebene Broschüre heranzieht. Man verweigert aber, daß diese Schrift bereits während des Prozesses erschienen ist, als noch kein Mensch an den Minister Mathemau dachte, und daß diese Schrift sich vor allem gegen Mathemau als Unternehmer und Schöpfer der Zwangsarbeit richtete. In dieser Schrift wird der gute Wille Mathemaus durchaus anerkannt, so heißt es auf Seite 62, daß sein Wollen rein" gewesen sei und daß er "des deutschen Volkes wärmster und bester Vertreter sicherlich zu sein glaubte". Daß diese sachliche Abhandlung über Mathemau auch nicht in losestem Zusammenhang mit einer Mordhebe gegen Mathemau steht, weiß man sehr genau. — In einer der Vernehmungsnoteizen wird auch eine Stelle aus einem Aufsatz für die Auslandsmitarbeiter des DDB, bestimmten Zeitschrift völlig wiedergegeben. In dem herangezogenen Aufsatz ist lediglich festgestellt, welche politischen Kräfte gegenwärtig in der Heimat wirksam sind und gesagt, daß neben den Bestrebungen, die die Republik erhalten wollen, auch solche vorhanden sind, die die Republik zugunsten eines Sowjetstaates stützen wollen, und auch solche, die an Stelle der Republik ein soziales Kaiserreich sehen möchten. Aus dieser rein objektiven Darstellung der politischen Verhältnisse in Deutschland macht man glatte Weg eine Forderung des DDB, auf Wiedereinführung der Monarchie. — Eine unverantwortliche Hege ist auch in der Behauptung zu erblicken, der DDB, bestehe aus denselben Kreisen Gelder, die auch die Mörder Erbsen, Mathemau usw. besaßen hätten. Es ist tief bedauerlich, daß nicht einmal diese schwere Zeit unseres Vaterlandes ernst genug ist, um mit solchen Verdächtigungen, für die auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht werden kann, die politische Atmosphäre noch mehr zu laden und Mitgliederfang mit ihnen zu betreiben.

Gräbner. Gestern ist auf dem Geoplatz einer Handelschülerin von einer jungen Mannesperson, die mit abgetragenem grauen Hut bekleidet war und als Kopfbedeckung eine blaue Mütze trug, der Kopf abgetrennt worden. Es wird behauptet, irgendwelche Wahrnehmungen über die Person des Verstorbenen der Polizei zur Kenntnis zu bringen. Die Tat geschah in der 12. Mittagsstunde.

Zeit hat in. Freitag, 7. Juli, abends 7 Uhr findet in der Schule öffentliche Gemeinderatsung statt.

Meichen. Bei Räumung der Grube des öffentlichen Aborts an der Frauenkirche wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden und vollständig aufgefunden. Der Leichnam, der bereits längere Zeit im Wasser gelegen haben dürfte, war bereits stark in Verwesung übergegangen. Es handelt sich um ein kräftiges Kind, das offenbar nach der Geburt gelebt hat und erdrosselt worden ist. Die Leiche war ohne jede Bekleidung und in eine schwarze Frauenschürze mit weißen Punkten, ohne Tag, eingewickelt. Mit einem gleichfarbigen Band der Schürze ist das Kind erdrosselt worden. — Eine Kapsel leitete sich junge Würstchen damit, daß sie das abfahrende Dampfgeschiff, auf dem sich auswärtige Gäste mit einer Musikkapelle befanden, die das Deutschlandlied spielte, mit Steinen bewarfen.

Königsbrück. Der Mitinhaber der Firma Klime und König wurde durch das Explodieren eines Zünders, der in alten Lumpen verpackt lag, erheblich verletzt.

Sittau. Bei den Eltern einabgebrochen hat in Großschönau ein Schulknabe mit einem Kameraden. Er hatte über 2000 Mk. entwendet, um dann das Weite zu suchen. Es gelang aber, die beiden Burschen auf dem Bahnhofsleitersdorf abzufassen, wo sie schon die Fahrkarten gelöst hatten, und sie den Eltern wieder zuführen. Einer von ihnen, ein unverheirateter Auswanderer, war erst vor kurzem über 14 Tage von seinen Eltern ferngeblieben und bis nach Prag gelangt.

Sachsen. Auf dem letzten Schweinemarkt in Wittichenau sind Preise gefordert und bezahlt worden, wie sie bisher hier noch nicht dagewesen sind. 100 bis 200 Mk. für ausgeschaltete Waren noch höher, erzielten die Verkäufer für ein Ferkel. Dabei herrschte trotz der hohen Preise rege Kauflust.

886 a u. Bürgermeister Dr. Schaarschmidt wird demnächst seinen Posten verlassen und einem Ruhe in die Kreditanstalt sächsischer Gemeinden folgen. Dr. Schaarschmidt hat zehn Jahre lang an der Spitze der Stadtverwaltung von Löbau gestanden.

Burgstädt. Vorgehens ist in Burgstädt die Leiche der ermordeten Weidmann festgesetzt worden. Der Befund ergab, daß der Ermordete nicht nur der Hals durchschnitten und der Kopf schwer verletzt, sondern für auch noch mehrere Rippen gebrochen worden sind. Sonst die Leber war gesund. Der Mörder muß auf dem bebauten-werten Opfer geradezu herumgetreten haben.

Crimmitschau. Der Stadtrat wagt dringend zu fordern Wasserperbrauch. Der Wasserstand im Hochbehälter ist unter dem Einflusse der andauernden Trockenheit weiter erheblich zurückgegangen, so daß die Trinkwasserlieferung der Stadt in absehbarer Zeit überhaupt in Frage gestellt ist. Die Wasserentnahme für technische, industrielle und gewerbliche Zwecke wird ganz unterbunden.

Sachsen. Die Geldbewertung ist von erheblichem Einfluß auf den Wohnungsbau. So kann a. B. die Gesellschaft „Gartenheim“ für die erhaltenen Bauzuschüsse statt der geplanten zehn Wohnungen nur vier, und die Baugenossenschaft in Oberlungwitz anstelle von 24 nur noch 14 Wohnungen errichten lassen.

Plauen. Ein außerordentlich gemeiner Vubenstreich hätte vor Elsterberg großes Unheil anrichten können. Ein Radler, der von Plauen kam und sich auf einer Geschäftsreise nach Elsterberg befand, wurde durch einen quer über die Landstraße gespannten, 2 1/2 bis 3 Millimeter starken Draht vom Sattel über die Straße und in den Straßengraben geschleudert. Der Radfahrer hatte ein ziemlich schnelles Tempo angeschlagen; eine farbige Schutzbrille hinderte ihn, den von einem Straßendaum in etwa ein Meter Höhe über die Straße gespannten dünnen Draht sofort zu sehen. Wäre der Draht etwa 20 Zentimeter höher gewesen, hätte der Radfahrer, da der schwarze Draht dann in Höhe seines Halses gewesen wäre, sein Leben kommen können. Immerhin trug der Radler, der durch den Anprall in weitem Bogen in den Straßengraben geschleudert wurde, stark blutende Verletzungen und eine Schulterverstauchung davon. Es ist anzunehmen, daß das niederträchtige Attentat Automobilfahrern gegolten hat.

Wenig. Ein sonderbares Vorkommnis spielte sich hier am 1. d. M. bei der Restablieferung einer 16 Jahre lang geleisteten Alimentationsabgabe ab. Bei der letzten Zahlung meinte der Vater zu seiner das Geld holenden Tochter, daß sie von nun an seine Tochter nicht mehr sei. In Hause erzählte die Tochter dies ihrer Mutter, welche darauf das zum Fräulein gewordene Mädchen mit einem schönen Gruß zu dem Manne schickte und ihm sagen ließ, er wäre überhaut nicht ihr Vater.

Rochitz. In der Sitzung der Stadtverordneten, der eine zahlreiche Zuhörerschaft beiwohnte, kam es bei der Besprechung der Wahlen- und Flaggmangelgegend zu einer lebhaften Aussprache. Der Sprecher der Sozialdemokraten erklärte, daß wenn bis zur nächsten Sitzung die in Sitzungssaal stehenden Bänke der vormaligen Herrscher nicht beseitigt würden, seine Parteifreunde den Sitzungen fernbleiben würden. Ebenso werde verlangt, daß der Rat eine Bekanntmachung erläßt, wonach das Dissen der schwarz-weiß-roten Hfagen zu unterbleiben hat. Beide Anträge fanden Annahme.

Leipzig. Am Donnerstag ist der ehemalige Kreis- hauptmann von Leipzig, Erselena von Burgsdorf, im Alter von nahezu 73 Jahren verstorben.

Leipzig. Gemäß Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. Juli sind die Ortsgruppen Leipzig des „Bundes der Aufrechten“, des „Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes“ und des „Deutschnationalen Jugendbundes“ verboten und aufgelöst worden.

Sächsischer Landtag.

Wst. Dresden, 6. Juli.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ist nach einigen geschäftlichen Mitteilungen Präsident Fräulein dem Minister des Innern Blinski das Wort zu einer Darstellung über die blutigen Vorgänge in Zwickau.

Der Minister erklärt: In der Presse ist eine Reihe von Mitteilungen über die Vorgänge in Zwickau veröffentlicht worden, an die sich eine Menge von Gerüchten angeknüpft hat. In die Realierung ist außerdem vielfach die Frage gerichtet worden, welche Maßnahmen sie ergreifen habe, um diesen Vorgängen entgegenzuwirken. Hierzu möchte ich kurz folgendes sagen: Am Dienstag abend nach Schluß des Landtages hat die Realierung die ersten Mitteilungen von den Vorgängen in Zwickau erhalten. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß die Demonstration in Zwickau würdig und ruhmlos verlaufen ist, daß sich aber nach der Demonstration Personen gegen den Vorsitzenden der Deutschnationalen in Zwickau gewandt haben und daß eine andere Gruppe, unabhängig von dieser sich gegen die Polizeimache gewandt habe mit der Aufforderung, daß die bei der städtischen Polizei delegierte grüne Polizei von der blauen Polizei nicht unterstützt werden dürfe. Nachdem dies abgelehnt worden war, ist die Polizeimache im Rathaus gefürchtet worden. Daraufhin ist von der Lupo Schutz erbeten worden. Der Schutz ist gewährt, aber nicht ausgeführt worden, weil auf dem Wege zum Rathaus die Polizei umringelt, zum Teil entwaffnet und zum Rückzug gezwungen worden ist. Die Folge davon war, daß sich nimmend der Kampf gegen die Kaserne der Lupo richtete. Am Dienstag abend sind verschiedene Angriffe auf die Kaserne erfolgt, die zum Einbruch des Kasernentores führten. Unter Gebrauch der Waffen wurde der Anmarsch abgewehrt. Da die Lupo völlig in der Kaserne abgeblieben war, ordneten wir an, daß von Dresden drei Hundertschaften und von Glauchau und Chemnitz keine Verstärkungen nach Zwickau abgehen. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich bereits am Dienstag bemüht, die Herrschaft über diese Ereignisse zu bekommen. Die Arbeit sollte am Mittwoch wieder aufgenommen werden, aber die meisten Kohlengruben und die Metallbetriebe kamen nicht in Betrieb. Ich wurde von dem Aktionsausschuß der Gewerkschaften und Parteien angerufen, daß die Realierung alles tun solle, um weiteres Blutergießen zu vermeiden. Es ist aber falsch, wie die Presse behauptet hat, daß linksgerichtete Kreise die Macht an sich gerissen hätten. Es ist ferner falsch, daß der Stadtrat als Geißel vom Aktionsausschuß festgesetzt worden sei. (Zurufe rechts.) Von den zwei entlassenen Kommissaren wurden mir geraten, entweder die Vorschläge des Aktionsausschusses anzunehmen, oder mit voller Kraft vorzugehen. Ich erklärte mich bereit, dem Vorschlag des Aktionsausschusses auszukommen unter der Bedingung, daß der Ausschuss die Gewähr für die öffentliche Sicherheit übernimmt. Der Aktionsausschuß trat in Tätigkeit und verhandelte mit den Unternehmern, den städtischen Körperlichkeiten und der Kreisbauhauptmannschaft und erhielt die Zusicherung, daß der Ausfall an Löhnen gedeckt wird. (Zurufe von rechts: Glatte Spreßung, Zurufe links: Weil sie Angst hatten, daß sie sonst Drecks kriegen.) Mit den Kommissaren wurde vereinbart, wenn bis 8 Uhr abends die Ruhe nicht wieder hergestellt sei, die staatlichen Nachtmittel angewendet werden sollten. Gegen 9 Uhr abends hatte die organisierte Arbeiterschaft einen Ordnungs- und Patrouillendienst eingerichtet. Die Unruhen, die am Nachmittage begannen, konnten unterdrückt werden. Die Ruhe ist also wieder hergestellt. Wer die Schuld trägt, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Ich stimme dem zu, daß die Aussprache heute, wo noch nichts Näheres festgestellt werden kann, zurückgestellt wird. Von Dresden sind die drei Zwickauer Waga, Langhorst, Graupe und Kaufsch nach Zwickau abgereist. In der Zivilbevölkerung sind 14 Tote und 60 bis 70 Verwundete, bei der Lupo sechs Verwundete und zehn Vermißte zu beklagen. (Murmur und Zurufe.)

Die Besprechung der Zwickauer Vorgänge wird vor- ausichtlich am nächsten Dienstag stattfinden.

In Erledigung der Tagesordnung wird zunächst der Gesetzentwurf über die Bildung einer **Mobilspolizei in Sachsen** unter Vorzicht auf eine erste Beratung an den Haushaltsausschuß verwiesen. Alsdann wird der Entwurf über die **Gebühren der Verwaltungsgerichte** in sofortiger Schlussberatung angenommen.

Der Antrag wegen Zahlung der **Wägung** an die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand versetzten Beamten und Lehrer nach der neuen Besoldungsordnung wird in dem Sinne einstimmig angenommen, daß die Regierung nochmals energisch bei der Reichsregierung wegen entsprechender Verwendung vorstellig werden soll.

Dem **Wesende des Warvereins** für den Freistaat Sachsen wegen der Notlage der in den Ruhestand versetzten Weislichen, Witwen und Waisen wird insofern ein Weg zur Regelung eröffnet, als den Notleidenden Vorschläge in Form persönlicher Darlehen bis zur endgültigen Regelung gegeben werden sollen.

Einige **Staatslöcher** werden nach der Vorlage verabschiedet. Zur zweiten Beratung des **Gesetzes über den Staats- haushalt für 1921/22** wird der Antrag auf eine dritte Lesung gestellt und angenommen. Die Vorlagen werden infolgedessen an die Ausschüsse zurückverwiesen.

Dem **Gesetzentwurf zur weiteren Verringerung der Gebührenordnung für Ortsgerichtsverfahren** vom 1. November 1922 wird in sofortiger Schlussberatung zugestimmt.

Zu den **Eingaben des Vereins der Beamten der niederen Staatsforstbau** und des Vereins der mittleren Forst- beamten, sowie des Vereins wissenschaftlich gebildeter Staats- forstbeamten wird beschloffen, diese Eingaben in dem Sinne der Regierung als Material zu übernehmen, daß unter Be- wahrung des sogenannten Oberförstersystems den Wünschen der Beamten nach Möglichkeit Rechnung getragen werden solle, wobei Sparmaßregeln der Verwaltung weitgehend zu berücksichtigen sei; das Wohl des Waldes sei ausschlag- gebend.

Zum **Antrage auf Einschränkung des Automobilverkehrs** an Sonntagen wird beschloffen, die Vorschläge des Aus- schusses anzunehmen, schleunigst geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die eine Verringerung der gesundheitschädlichen Be- lästigungen herbeiführen.

Schließlich wird der **Gesetzentwurf zur Ausnahme einer Anleihe von 600 000 000 Mk. zum Zwecke der Föderung**

des **Wohnungsbau** in sofortiger Schlussberatung an- genommen. Es soll ein **Auslöschung** gebildet werden, der die **Besitzung des Baumaterials** erstreckt, also dem Bau- wucher zu Hilfe gehen soll.

Damit ist die **Tagesordnung** erschöpft.

Nächste Sitzung **Dienstag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr.**

Schluß gegen 12 Uhr.

Ueber die Vorgänge in Zwickau

wird von der Kreisbauhauptmannschaft Leipzig, Referat Land- polizei, eine Darstellung gegeben, die Einzelheiten über die **Entwicklung der Unruhen** enthält. Danach habe sich an einer **Strasenecke der Reihändler Wolfram** mitleidig über die **Demonstration** und die **Arbeiter** ausgesprochen. Dadurch entstand eine **große Erregung** unter der **Masse**, und **Wolfram** wurde **verprügelt**. Man zwang ihn dann, eine rote **Flagge** im **Buge** zu tragen, bis er **zusammenbrach**. Als der **Demonstration** in der **Schneberger Straße** an dem **Hause des Stadtrates Dr. Keller**, der bei den **Arbeiter** nicht gut angeschrieben ist, vorbeizog, schloß dieser aus dem **Fenster** und **Werte** einen **Arbeiter** durch **Bauchschuß**. Die **erregte Menge** brang in seine **Wohnung** ein und **mishandelte** Dr. Keller **derartig**, daß er ins **Krankenhaus** ein- geliefert werden mußte. Die **durch diesen Vorgang** auf- gekehrte **erregte Menge** übte dann **verschiedene Streifen** der **Landespolizei** an. Die **weitere Darstellung** bezieht sich un- gefähr mit der **des Minister Blinski**. Dann heißt es **weiter**: Es muß **besagt** werden, daß **gerade die Kommunisten** auf **Außerke** bestrebt waren, die **Ordnung** aufrechtzuerhalten und die **Mißstände** glatt abzuschütteln. Es war **bestimmt** keine **partei-politische Sache** und **bestimmt** von **keiner Partei** vorbereitet. Es **handelt** sich **lediglich** um **aktuelle Bande**, die **melt** von **außen** durch die **Stadt** zogen und **Autos** **beschlagnahmten** sowie **plündernten**. Die **Kaserne** wurde **auch** am **6. Juli** den **ganzen Tag** **besetzt**. Die **Betriebs- raten** **sammelten** **zug** **geschlossen** **dort**, um **auf** die **dort** **lagernde**, **zum** **größten** **Teil** **unbewaffnete** **Menge** **einzu- wirken**, **leider** **ohne** **Erfolg**. **Bei** **den** **Stoßtruppen**, **die** **die** **Stadt** **durchzogen**, **wurden** **Deute** **mit** **barock** **und** **Berliner** **Mundart** **selbst**. **Es** **ist** **nicht** **von** **der** **Hand** **zu** **weisen**, **daß** **diese** **Deute** **von** **irgendeiner** **Seite** **nach** **Zwickau** **ge- schickt** **wurden**, **um** **dort** **die** **geschälderten** **Vorgänge** **zu** **pro- vokieren**. **Eine** **Anzahl** **von** **Kulturführern** **ist** **durch** **die** **Ar- beiter** **wie** **festgenommen** **worden**, **die** **ebenfalls** **einige** **der** **beschlagnahmten** **Autos** **wieder** **freigegeben** **hat**. **Bei** **den** **Stoßtruppen** **haben** **sich** **Jugender** **und** **Bauchschüler** **befunden**, **die** **die** **Masse** **von** **neuem** **zu** **Ungefährlichkeiten** **verleiteten**. **Daraufhin** **sind** **bei** **verschiedenen** **Bauernhöfen** **und** **Schülern** **Durchsuchungen** **vorgenommen** **worden**, **die** **Waffen** **ent- deckt** **haben**. **Es** **müß** **insbesondere** **betont** **werden**, **daß** **von** **den** **drei** **sozialistischen** **Parteien** **keine** **ein** **Ver- schulden** **an** **den** **Vorgängen** **trifft**.

Nach den **Erklärungen** des **Minister Blinski** im **Sächsischen Landtag** betragen die **Verluste** **14 Tote** und **60 bis 70 Verletzte** der **Zivilbevölkerung**, **6 Verwundete** und **10 Vermißte** der **Landespolizei**.

Die Verfolgung der Mörder.

Zur **Verfolgung** der **Mörder** **Mathemau** sind **den** **Be- hörden** **von** **privater** **Seite** **über** **14 Millionen** **Mark** **zur** **Verfügung** **gestellt**. **Einschließlich** **der** **bestehenden** **Be- lohnung** **sind** **3 Millionen** **Mark** **auf** **die** **Ereignung** **der** **Mörder** **und** **ihrer** **Helfer** **ausgesetzt**. **Die** **Quellen** **der** **beiden** **Mörder** **sind** **his** **Mitteldeutschland** **nachgewiesen** **worden**. **Trotz** **der** **bestehenden** **Schwierigkeiten**, **die** **durch** **die** **gegenseitigen** **Warnungen** **der** **verschiedenen** **Mischkolonnen** **er- höht** **werden**, **hofft** **die** **Berliner** **Polizei** **mit** **aller** **Bestimmthe- it**, **die** **Mörder** **noch** **festzunehmen**. **Zweimal** **hand** **ihre** **Verhaftung** **bevor**. **Als** **die** **Beamten** **aber** **am** **Ausfallskor- te** **erschiene**, **waren** **die** **Mörder** **gewarnt** **worden** **und** **in** **ein** **neues** **Versteck** **übergesiedelt**.

Der **Mörder** **Tschow** **hat** **sein** **Gekändnis** **um** **weitere** **Einzelheiten** **erweitert**. **Danach** **haben** **an** **den** **Vor- besprechungen** **über** **den** **Mord** **in** **München** **und** **Berlin** **nicht** **nur** **die** **drei** **Täter**, **sondern** **auch** **eine** **große** **Anzahl** **Mit- helfer** **teilgenommen**, **darunter** **auch** **der** **Besitzer** **des** **Autos**. **Der** **größte** **Teil** **dieser** **Mithelfer** **ist** **inzwischen** **bereits** **in** **Haft** **genommen**, **der** **Rest** **wird** **sich** **in** **wenigen** **Tagen** **in** **den** **Händen** **der** **Behörden** **befinden**. **Tschow** **machte** **ferner** **wichtige** **Angaben** **über** **Vorbereitungen** **zur** **Beseitigung** **anderer** **politischer** **Personlichkeiten** **des** **Reiches**.

Neue Beweise.

In **den** **„Afrika-Nachrichten“** veröffentlicht **Regierungs- rat** **Dr. Dannert** **den** **Brief** **eines** **beherzten** **und** **wahrheits- liebenden** **Engländer**, **der** **in** **der** **letzten**, **hier** **eingetrossenen** **Nummer** **des** **in** **Nairobi**, **Britisch-Ostafrika**, **erschienenen** **„Nairobi-Reader“** **enthalten** **war**. **Dieser** **Brief** **widerlegt** **gründlich** **die** **in** **alle** **Welt** **verbreitete** **Legende** **der** **englisch- französischen** **Kolonialpropaganda**, **die** **da** **behauptet**, **daß** **die** **Deutschen** **die** **Eingeborenen** **ihrer** **Kolonien** **nicht** **zu** **be- handeln** **wüßten**. **Der** **Artikel** **trägt** **die** **Ueberschrift** **„Das** **erste** **deutsche** **Schiff“** **und** **ist** **an** **den** **Herausgeber** **des** **„Reader“** **gerichtet**:

„Sehr **gehrter** **Herr!** **Ich** **war** **an** **dem** **Tage** **in** **Alindini**, **als** **der** **Dampfer** **„Sultan“** **dort** **eintraf**, **das** **erste** **deutsche** **Schiff**, **das** **seit** **1914** **dort** **ankam**. **Der** **Empfang**, **der** **ihm** **von** **der** **Einwohnerschaft** **Nombasas**, **Eingeborenen** **wie** **Indern**, **bereitet** **wurde**, **war** **wirklich** **wundervoll**. **Es** **mögen** **etwa** **8000** **Menschen** **gewesen** **sein**, **die** **sich** **in** **bester** **Vegeta- tion** **befanden**, **und** **als** **ich** **sie** **fragte**, **warum** **sie** **an** **den** **Dafen** **gekommen** **seien**, **gaben** **sie** **mir** **zur** **Antwort**: **„Jetzt** **muß** **unser** **Vater** **wiedergekommen** **ist**, **werden** **wir** **wieder** **billigen** **Meis** **und** **Buder** **zu** **essen** **bekommen!“** **Nicht** **ein** **einziges** **Europäer**, **mit** **Ausnahme** **der** **Beamten**, **war** **an- gegen**, **aber** **ganz** **ohne** **Zweifel** **waren** **Indern** **wie** **Eingeborene** **glücklich**, **endlich** **die** **Deutschen** **wieder** **hier** **zu** **sehen!** **Dies** **außerordentliche** **Schauspiel** **gibt** **einem** **tiefe** **zu** **denken**, **wenn** **Sie** **bedenken**, **was** **alles** **über** **die** **Behand- lung** **der** **Eingeborenen** **in** **Deutsch-Ostafrika** **(sicht** **Tanganika- Territor)** **geredet** **wurde!** **Entweder** **diese** **Behauptungen** **sind** **falsch**, **oder** **aber** **die** **Eingeborenen** **wünschten** **sich** **so** **behandelt** **zu** **werden**, **wie** **es** **geschehen** **sein** **solle**, **und** **trotz** **unserer** **Bemühungen**, **die** **Deutschen** **herabzusetzen**, **haben** **die** **Eingeborenen** **noch** **eine** **große** **Achtung** **vor** **ihnen**, **wesent- lich** **mehr**, **als** **sie** **vor** **dem** **Engländer** **haben**. **Ich** **über- zeugte** **mich** **davon** **am** **letzten** **Donnerstag!** **Wir** **bilden** **und** **immer** **ein**, **die** **einzigste** **Nation** **in** **der** **Welt** **zu** **sein**, **die** **Kolonisieren** **könne**, **aber** **ich** **zweifle** **sehr**, **ob** **wir**, **wenn** **die** **Sache** **umgekehrt** **gewesen** **wäre**, **denselben** **herzlichen** **Em- pfang** **gefunden** **hätten**. **Es** **mag** **natürlich** **diese** **Propaganda** **gewesen** **sein**, **aber** **es** **gibt** **mir** **zu** **denken!** **Ihr** **sehr** **er- gebener** **—** **Ein** **Engländer**.“

Dann **der** **von** **den** **Begnern** **so** **schön** **verleumdete** **deutsche** **Kolonisator** **sich** **ein** **glänzenderes** **Zeugnis** **wünschen**, **ein** **schönere** **Anerkennung** **erwarten**, **als** **daß** **ihm** **seine** **ebemaligen** **Schuldgesoffenen** **noch** **nach** **Jahren** **und** **völlig** **unbeeinträchtigt**, **selbst** **einem** **Gegner** **gegenüber**, **ihren** **Vater** **nennen?** **Jetzt** **dieses** **eine** **unbeeinträchtigte** **Urteil** **der** **Eingeborenen** **nicht** **der** **ganzen** **Welt** **mit** **unverrückbarer** **Deut- lichkeit**, **welch** **unbedingtes** **Vertrauen** **sie** **zu** **der** **väterlichen** **Gerechtigkeit** **ihrer** **früheren** **Herrn** **erzweigt**, **wie** **zu** **ihren** **väterlichen** **Fürsorge** **andererseits** **noch** **jezt** **bestehen** **—** **Ne**, **die** **doch** **unter** **dem** **Wandat** **einer** **„wärtigeren“** **Nation** **eines** **für** **se** **besten** **Zukunft** **empfehlenswert** **würden** **lassen!**

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 7. Juli 1922.

Ein Entschluß gegen weitere Streiks.

Berlin. Der Kanzler hat durch die sozialdemokratischen Minister die Gewerkschaften ersuchen lassen, von den angekündigten Streikdemonstrationen an drei Tagen der kommenden Woche Abstand zu nehmen, und zwar aus arbeitspolitischen Gründen. Es verlautet, daß die Ursache in einer Unterredung des Kanzlers mit dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes zu suchen ist, die am Dienstag stattgefunden hat. Die Entschließung der Gewerkschaften steht noch aus. Vorläufig ist die Mehrheit noch für Fortsetzung der Demonstrationen. Die Konferenz der Gewerkschaften mit dem Kanzler über die bekannten gewerkschaftlichen Forderungen, die heute stattfinden sollte, ist abgesetzt worden.

Die Finanzkontrolle.

Paris. Der „Kaiser Anzeiger“ meldet: Im Finanzministerium teilte der Finanzminister mit, daß die deutsche Regierung die gesamte Kontrolle der deutschen Einnahmen vom 1. September an einem alliierten Dreimänner-Komitee, bestehend aus je einem Franzosen, einem Engländer und einem Belgier, unterstellt habe. Das Komitee habe auch jede Vollmacht, den deutschen Geldverkehr und die deutschen Statistiken zu überwachen und zu kontrollieren.

Schwerer Zeitschrift beschlagnahmt.

Hamburg. Auf Grund von § 5 Absatz 3 der Verordnung zum Schutze der Republik wurde die Zeitschrift „Der Arbeiter“ wegen eines Artikels „Vive la France“ und „Vive la Guerre“ beschlagnahmt. Der Artikel ist verfaßt worden.

Attentat auf die oberste Reichsbehörde.

Meinung. Die Drucker der schlesischen „Rote Fahne“ wurde demoliert. Zwei Exzer wurden inhaftiert. Die Zeitung kann vorläufig nicht erscheinen, da die Gefahr weiterer Ausschreitungen besteht.

Arbeitslosen in der Stadtverordnetenversammlung.

Berlin. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kam es bei Beratung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, für den Kaiser-Wilhelm-Ring und den Dohsen-Artenring die Bezeichnungen Walter Rathenau-Ring und Gertraud-Ring, für die Dohsen-Allerndorfer-Brücke die Bezeichnung Dom-Brücke bei der Regierung zu erwirken, zu Arbeitslosen. Die Mitglieder der äußersten Linken verhielten sich gegen die Mitglieder der Rechten tödlich zu werden, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Mißstimmung der Ordnung in Dublin.

Dublin. Nach der Uebernahme des letzten Stützpunktes der irregulären Streitkräfte ist, abgesehen von kleineren Schieberien, die Ruhe in Dublin wieder hergestellt. Der angerichtete Schaden ist allerdings beträchtlich. Durch Feuer allein sind über 25 Gebäude zerstört worden, darunter mehrere der bekanntesten Hotels. Man erwartet von der Regierung des irischen Freistaates allgemein, daß sie nun in den Randstaaten ebenfalls entschlossen gegen die Diebstahl vorgehen werde.

Vom Völkerverbund.

Paris. Die beiden Unterabteilungen des gemischten Ausschusses des Völkerverbundes für die Abrüstung trafen gestern nachmittag zusammen. Der erste Ausschuss stellte den Vorschlag, die Entschuldigungen über die Verletzung von Waffen und die Verwendung giftiger Gase im Krieg fest, der zweite Ausschuss besprach den Abrüstungsvorschlag von Lord Balfour. Die Vollversammlung wird heute eine Sitzung abhalten.

Militärrevolte in Brasilien.

Paris. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß ein Teil des brasilianischen Militärs sich empört. Der Präsident und seine Minister trafen sofort Maßnahmen, um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.

Paris. Nachrichten aus Rio de Janeiro melden die Uebergabe der von den Aufständischen besetzten Festung.

Die Kriegsschuldfrage in der französischen Kammer.

Paris. In der Kammer erklärte Lardieu, der Londoner Zahlungsplan habe die französischen Rechte ohne Kompensation beruht, Frankreich habe bis jetzt nur 1236 Millionen Goldmark erhalten oder ungefähr 6 Milliarden Papiermarken. Von Sachlieferungen habe er gar nichts, solange man keine Sachlieferungspraktik betreiben wolle. Der Plan le Trocques sei sehr schön, aber man müsse ihn verwirklichen können. Die Reparationskommission sei zu schwach. Lardieu erklärte, daß die Regierung in der Finanzfrage verlaßt. — Nachmittags wurde die Aussprache über die Interpellationen betreffend die Kriegsschuld fortgesetzt. Die Kammer beschloß mit 445 gegen 29 Stimmen, die gestrige Rede Vivianis in allen Gemeinden Frankreichs anzuschlagen. — Als zweiter Interpellant ergriff der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin das Wort, um

Ein amerikanisches Frauenchidjal.

Welt verbreitet ist die Anschauung, daß Menschen, die moralisch sehr tief gesunken, sich überhaupt nie wieder aus dem Sumpfe zu erheben vermögen. Hierbei berücksichtigt man nicht, daß häufig nicht die Naturanlage den Menschen zum Verbrecher macht, sondern daß ihn in der Regel die Verhältnisse verderben, in denen er aufwächst. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß ein äußerer Anstoß den Verbrecher wieder auf den rechten Weg zurückführt. Ueber einen außerordentlichen Fall dieser Art will ich amerikanische Blätter zu berichten. Es handelt sich um eine bekannte internationale Koksplatin, die z. B. in New York, Paris, London und Berlin große Einbruchsdiebstähle verübte und ungefähr in fünfzig verschiedenen Gefängnissen gefangen hat. Heute ist sie die Leiterin eines großindustriellen Unternehmens und eine sehr reiche Frau. Was aber diesen Fall noch besonders interessant macht, ist die Tatsache, daß die alte Dame, Mrs. Sophie Burke, die vor zehn Jahren endgültig den Gefängnismauern den Rücken kehrte, ihr Schicksal selbst erzählt, obwohl sie doch als Dame der Gesellschaft, nach der landläufigen Ansicht, bemüht sein müßte, ihr Vorleben zu verbergen.

Schon als Kind wurde sie ausgezeichnet, um zu werden, und wenn sie nicht wenigstens drei gefüllte Becken nach Haus brachte, so wurde sie die Treppe hinuntergeworfen. Später verstand sie es, sich ein elegantes Auftreten anzueignen, um erfolgreich in vornehmen Kreisen wirken zu können. Sie heiratete den amerikanischen „Geschäftsmann“ Red Lyons, später wurde sie die Frau des Hochstaplers Billy Burke. Sie nahm an verschiedenen Verbrechen teil, die in der kriminalistischen Geschichte berühmt geworden sind. So war sie beteiligt an dem geheimnisvollen Verschwinden des berühmten Porträts der Herzogin von Devonshire von Sandborough, das sich jetzt in der Privatgalerie von Pierpont Morgan befindet. Derjenige Raub, der das meiste Aufsehen erregte und an dem sie hervorragend beteiligt war, war der Einbruch in die Manhattan-Bank zu New York, bei dem Werte von fünf-hunderttausend Pfund erbeutet wurden. Es ist dies wohl der größte Diebstahl der Welt, der bisher unternommen wurde. Sie stellte sich krank, wurde in die Krankenhausabteilung gebracht, gewann das Vertrauen der Ärzte und des Gefängnisdirektors und wurde zur Flucht

über die Rufe der russischen und der Balkanpolitik Volcarré, über den Ursprung des Weltkriegs und über die Gefahr zu sprechen, die unter den augenblicklichen Umständen Volcarré als Ministerpräsident herausbeschwäre. Die französisch-englische Allianz vor 1914 habe Frankreich Vorteile in Marokko, und England solche in Ägypten eingetragen, also den Appetit der anderen europäischen Staaten anzuregt. Auf diese Kriegsgeschichte, die jeden Tag stärker geworden seien, habe Volcarré hingewiesen. Cachin verliest einen Brief Volcarrés aus dem Jahr 1912, der besagt, man beginnt sich in Paris zu wundern, daß Rußland keine Vorbereitung treffe, um auf die Vorbereitungen Oesterreichs gegenüber Serbien zu antworten. Frankreich habe also an einen Krieg gedacht, als Rußland noch nicht daran gedacht habe. Im Jahre 1912 habe man den Vorkämpfer in Wien, Crotier, abberufen, weil er sich für einen Europäer gegeben und politische Fehlschritte gemacht habe. Cachin verliest hierauf den Bericht des belgischen Gesandten in Paris vom Jahre 1914, in dem von der nationalistischen Politik Volcarrés und Millerands gesprochen wird, die gefahrlos sei. Er geht dann auf die Friedensversuche Kaiser Karls von Oesterreich im Jahre 1917 ein. Volcarré unterbricht ihn und sagt, er habe von diesem Schritt sofort Ribot Kenntnis gegeben. Auch am 5. April, sechs Tage nach dem Brief des Kaisers, habe er mit Briand gesprochen. Cachin erklärte darauf, daß Lloyd George die Friedensvorschläge für wichtig gehalten habe. In Frankreich aber habe man sie fallen lassen. Volcarré, mit Beifall begrüßt, erklärt, er gehe offen, daß er nicht wisse, worauf er antworten solle. Er habe versucht, von der langen Anklage der Balkan-Courturen etwas zu verstehen. Volcarré geht dann näher auf die Dinge ein. Er macht den Kommunisten zum Vorwurf, daß sie einen Teil der Verantwortlichkeit auf Frankreich ablenken wollten. Wenn man den ehemaligen Präsidenten der Republik anreife und alle Regierungen, die um ihn waren, dann greife man Frankreich selbst an. Man könne das feststellen durch die Festigkeit der Dankschreiben, die in Deutschland gegen diese Regierungen und gegen die Urheber des Verfalls verfaßt worden seien.

Volcarré sagt weiter: Die Urheber des Vertrages hätten gewollt, daß der Vertrag vollkommen auf einem moralischen Gedanken, nicht nur auf dem Sieg der Waffen beruhe. Dieser Vertrag habe sich auf die Verantwortung für den Krieg und die beiden französischen Kammern hätten einstimmig dieser Auffassung angeschlossen. Deutschland habe versucht, in England, in den Vereinigten Staaten und selbst in Frankreich diese Kampagne zu entfesseln, wie sie in Deutschland entfesselt worden sei, um seine Verantwortlichkeit auf andere abzuwälzen.

Briand erhebt sich und sagt, nicht nur der Verfall der Vertrag beruhe auf diesem Grundsatze. Während der Verhandlungen von London habe Dr. Simons die Verantwortlichkeitsfrage aufgeworfen wollen; die Alliierten hätten Deutschland ein Ultimatum übermitteln und nicht nur die deutschen Unterhändler, sondern auch die Mitglieder der deutschen Nationalversammlung hätten noch einmal die Kriegsverantwortlichkeit übernommen. (Beifall.)

Volcarré dankt Briand, erinnert daran, daß er 1912 keine persönliche Politik und auch keine kriegerische Politik betrieben habe. Er habe seine Kollegen im Ministerium ständig auf dem Laufenden über seine Handlungen gehalten. Das von ihm gebildete Kabinett habe als erste Handlung einen Akt des Entgegenkommens gegen Deutschland vollzogen dadurch, daß es den Vertrag von 1911 habe ratifizieren lassen. Die Politik, die sein Ministerium 1912 verfolgt habe, sei eine Politik europäischer Staaten gewesen. Volcarré erwähnt mehrere Schritte des französischen Vorkämpfers in Wien, um die Mitwirkung aller Mächte bei der Lösung der in Europa aufgetauchten Probleme zu erreichen, und geht dann auf die Beschlüsse betreffend Iswowlitz über und erklärt, daß dieser Vorkämpfer seinen Einfluß auf die Haltung Frankreichs gehabt habe, das immer die Politik der Annäherung an ganz Europa verfolgt habe. Er erinnert an die Bemühungen Frankreichs, den Balkankonflikt 1912 drücklich zu beschränken und aufzuhalten. Volcarré kommt dann zu den Ereignissen von 1914. Er erinnert daran, daß die französische Regierung so wenig an einen Krieg dachte, daß er, Volcarré, mit Viviani noch Rußland reiste und daß sie mitten in der Ostsee erst die ersten Ereignisse erfuhr. Er verliest seinen Brief an den König von England, in welchem er die Ansicht ausdrückt, daß mit Rücksicht auf die intensiven Vorbereitungen Deutschlands, wenn England, Frankreich und Rußland den Eindruck einer starken Einigkeit gäben, große Aussichten vorhanden wären, daß der Frieden nicht gefährdet werde. Frankreich habe alles getan, um Europa und der Welt diese Katastrophe zu ersparen. (Vergl. auch den betr. Artikel in der Beilage.)

Bermischtes.

Sturm in London. Ein großer Sturm verursachte in der vergangenen Nacht in England beträchtlichen Schaden. Der Rönia, der sich mit der Flotte in Lorbay befand,

blieb während des Sturmes auf seiner Nacht. Die größte Geschwindigkeit des Sturmes betrug 52 Meilen in der Stunde. Der König begleitete bis Donnerstag nachmittag die Flotte in den Kermelkanal, um einer Flottenübung beizuwohnen.

Das Brandunglück in den Norddeutschen Seewerken in Hillwerder (Lamburg) forderte bisher 4 Tote. Die Nacharbeiten dauerten noch den ganzen gestrigen Tag an.

Vom Juge überfahren. Ein Landwirt in Burbach, der mit seinen fünf Kindern auf einem Fuhrwerk den Hof holen wollte, forderte an der Schwelle den Wärier auf, ihn noch vor der Durchfahrt des Juges vorbeizulassen. Der Wärier kam dem Wunsch nach; die brandausende Lokomotive erlachte das Fuhrwerk, tötete den Landwirt und drei seiner Kinder, die glücklich verunglückt wurden. Das vierte Kind wurde schwer, das fünfte weniger schwer verletzt.

Ein Prozeß gegen 32000 Angeklagte steht für Berlin in absehbarer nicht ganz sicherer Aussicht. Der verurteilte Petitionärinhaber Karl Köhn hatte gegen seine sämtlichen Gläubiger — etwa 32000 — Strafanzeige wegen Verhülfe zum gewerkschaftlichen Gläubigerstreik, die Oberstaatsanwaltschaft aber ein Urteilstreik gegen die Angeklagten abgelehnt. Auf die Beschwerde von Köhn an den Reichsanwalt hat die Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht folgenden Beschluß gefaßt: „Die Ausführungen des angegriffenen Beschlusses der Staatsanwaltschaft sind nicht geeignet, den gegen die Beschuldigten angelegten Verdacht der Verhülfe zum gewerkschaftlichen Gläubigerstreik zu entkräften. Es wird daher zum mindesten der Aufhebung eines Teils der Beschuldigten bedürfen. Es wird daher erachtet, in die Erörterung der Sache einzutreten und demgemäß anderweitig in der Sache zu befinden.“ Die Sache kam also noch ein recht hübsches Stück Arbeit für die Reichsberichterstattung abgeben.

Teure Pfäume. Bei Verpachtung der Pflaumen-ernte in der Gemeinde Crenau bei Neustadt wurden abboten: für eine Parzelle mit acht Pflaumenbäumen 200 Mark, mit sechs Bäumen 1450 Mark und für zwei weitere Parzellen mit ebenfalls sechs Bäumen je 1250 Mark. Das sind zusammen 6150 Mark. Sachverständige schätzen die Gesamtternte auf 11 Zentner.

Die Blutsverwandte der Königin Victoria. In einem letzten erschienenen Memorandum erinnern an 80 Jahren erzählt Channing Dewey eine lustige Geschichte von der Zusammenkunft zwischen der Königin Victoria von England und Kaiserin Wilhelmine der Deutschen. Als sie beim Essen zusammen saßen, sagte die farbige Herrscherin zu ihrer Wirtin: „Nächst, ich bin eine Blutsverwandte von Ihnen.“ „Wie ist?“ lautet die erstaunte Antwort. „Mein Großvater ist doch Ihren Kapitän Groß“, erklärte die Kaiserin.

Short.

Reit- und Fahr-Tournee zu Meisa. Der Verein „Deutsche Kavallerie“ schreibt: Auch an dieser Stelle sei auf den am Sonntag, den 9. ds. Mts., stattfindenden Reiter- und Fahr-Tournee hingewiesen. Bereits im vergangenen Jahre, als das erste Reiterfest abgehalten, zog es Jung und Alt zur Bahn und man kann wohl sagen, daß dieses Fest, sowie die ganzen reitlichen Vorführungen gut gefaßt, und ein jeder interessierte Zuschauer von dem munteren Treiben und dem Wagemut der Reiter begeistert und hingerissen war. Seit diesem Feste hat sich der Verein auch mit den des Reitens unkundigen Leuten große Mühe gegeben und kann heute mit Stolz auf die große Anzahl der herangebildeten Jungreiter blicken. Außerdem hat sich auch die Zahl der auf diesem Gebiete erfahrenen Sportsleute und Interessenten gemehrt, jedoch den verehrten Zuschauern am kommenden Sonntag ein Bild geboten wird, das dem beliebten Fußball- und Wärierport überlegen ist und ihn an Lebendigkeit wohl übertrifft. Selbst die berühmten Sportsleute werden sich sicherlich in diesem Jahre an dem wohlgeordneten Tournee ergehen und Gelegenheit haben, ein ausgezeichnetes und edles Pferdematerial zu bewundern, das nicht nur dazu verurteilt ist, seine weltläufigen Arbeiten zu verrichten, sondern auch geschaffen, wesentlich zur Erhaltung und Freude eines jeden Sportsmenschen beizutragen.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof zu Dresden am 6. Juli 1922. Zutrieb: 11 Rinder, 5 Bullen, 13 Kühe, 577 Kälber, 10 Schafe, 148 Schweine, zusammen 774 Tiere; Ueberländer: 20 Rinder, 25 Schweine. — Preise: Rinder, Schafe Montagspreise. I. Rinder: 1. — (—), 2. 2800 bis 3000 (4525—4825), 3. 2500—2700 (4175—4500), 4. 2000 bis 2300 (3850—4175). II. Schafe: 1. 5500—5800 (5800—7175), 2. 5600—5800 (7000—7250), 3. 4900—5300 (6525—7000), 4. 4400—4700 (6275—6525), 5. 4500—5500 (6000—7325). — Gewichtsgang: Rinder langsam, Schweine schlecht. Ausnahmepreise über Notis.

der Kranken herangezogen. Auf diese Weise verschaffte sie für sich und ihren Mann Pässe und Vertiefung, und diesen gelang es, zu entkommen. Dann war sie längere Zeit Direktorin einer „Frauendank“, wo sie Betrügereien in großem Umfang ausführte.

Weshalb sie als sie zum dritten Male im Sing-Sing-Gefängnis lag, anderen Sinnes wurde, ist nicht bekannt. Vielleicht war es die Mutterliebe, die plötzlich zum Durchbruch kam — denn sie hatte neun Kinder, die sämtlich in Waisenhäusern untergebracht waren. Sie nahm sich fest vor, ein neues Leben anzufangen, und ihr fester Wille und ihre Intelligenz errangen schließlich den Sieg. „Der erste Tag war der schwerste“, erzählte sie selbst. „Ich mühte mich bis in die Nacht um Arbeit, und da ich kein Geld hatte, schloß ich unter einem Torweg. Am nächsten Morgen bestand mein Frühstück in einer Brotkruste, die ich aus einem Mülleimer nahm“. Sie bekam dann eine Anstellung in einem Büro, wo sie zehn Dollar die Woche verdiente. Dort zeigte sie sich so tüchtig, daß man ihr bald das Gehalt verdoppelte. Dann gründete sie selbst ein Geschäft, dem sie immer größere Ausdehnung verlieh. Heute ist sie eine Großindustrielle, deren Vermögen auf mehr als eine halbe Million Dollars geschätzt wird, und genießt das Ansehen ihrer Mitbürger, die erst aus ihrem Bekanntheit erfahren, daß die würdige Matrone früher eine Schwerverbrecherin war.

Getreideumlage in alter Zeit.

Aus Kassel wird uns geschrieben: In der Zeit der Entscheidung über die Getreideumlage als Ueberbleibsel der Zwangsverwaltung der Krieges- und Nachkriegszeit sei an das Wort des alten Weisen erinnert: Es ist alles schon dagewesen! Willst du, Landgraf von Hessen, dem die Geschichte den Beinamen „Der Großmächtige“ verliehen hat, befolgte zu Beginn des 16. Jahrhunderts eine Getreidepolitik, an die kein anderer Fürst seiner Zeit dachte. Sein Streben war darauf gerichtet, Teuerung und Hungersnot von seinem Lande fernzuhalten. Jedem seiner Untertanen, besonders dem armen Manne, sollte das tägliche Brot gesichert sein. In diesem Zwecke erließ er eine Anzahl Verordnungen, die von dem Fürsten, dessen Kanakel nur drei Schreiber aufwies, fast durchweg selbst durch-

geführt wurden. Zunächst erließ er ein Ausfuhrverbot für alles Getreide, das in hessischen Landen geerntet wurde und setzte für dieses Getreide Höchstpreise fest. So verbot er die Teuerung, die allenthalben einsetzte hatte. Außerdem ließ er er Getreide in Speerthältern auf, so im Kassel-Besatzungsgebiet, das getreidefrei fruchtbar gewesen ist. Diese sogenannten Speerthälter teilte er in Jahren der Milderheit, wenn Mangel eintrat, unter der Bevölkerung und schuf mit dem in guten Jahren billiger erworbenen Getreide einen Ausgleich zu dem teuren Korn aus Notzeiten. In ganz besonders schweren Mildererntejahre setzte er dann eine Hoheitsumlage durch und zwar wurde alles im Privatbesitz befindliche und dem eigenen Bedarf des Besitzers übersteigende Getreide durch förmliche Beamte beschlagnahmt und der Allgemeinheit zum Verkauf gestellt. So wüchse Willkür der Großmächtige, von dem ein Zeitgenosse sang, als Voltaire gefordert war: Mit Regeln sollt ausarbeiten geru Dem's möglich wär den alten Herrn!

Kunst und Wissenschaft.

Wichtige Kunde aus bisvoialer Zeit. In den Tropenhöhlen in Lauscha bei Vitta (Mahren) wurde eine Fundstätte bisvoialer Fauna im Umkreise von fünfzig Metern entdeckt. Am wichtigsten sind die Menschenknochen, zum mindesten drei Individuen angehörend. Nach den fälschlicherweise Schenkelbeinen zu schließen, gehörten diese Höhlenbewohner dem älteren Diluvium an, obwohl die gefundenen Werkzeuge bedeutende Vollkommenheit aufweisen. Naher Menschenüberreste wurde eine Menge von Tierknochen ausgegraben.

Eine deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung in Amerika. In Newark im State New York ist eine deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung eröffnet worden, die erste nach dem Kriege. Sie wird auch in anderen amerikanischen Städten gezeigt werden. Leiter dieser Ausstellung ist der Direktor des Newarker Museums, J. C. Dano, der sich durch seine tatvolle Politik und sein unermüdliches Interesse ein großes Verdienst um das Kunstgewerbe erworben hat. Es wird aus Newark berichtet, daß namentlich die Keramik recht gut und das Buchgewerbe glänzend vertreten seien.

Die goldene Bräute.

Ein Roman aus der Weimarerzeit von Hanns Woltke.
Amerikanisches Copyright 1918 by Hanns Woltke-Wagen,
Leipzig.

33. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er schaute auf zu dem Bilde seiner ersten Frau, das da in diesem Jugendzimmer von der Wand zu ihm herüberlief, und er dachte erschauernd die Hand über die Augen.

„Ich glaube, Suschen“, flüsterte er, „ich bin doch deinen Kindern nie ein rechter Vater gewesen. Nun ist es zu spät, es gibt kein Zurück. Du vermagst nicht mehr mit all deiner Liebe goldene Bräuten von Herz zu Herz zu bauen. Ich war immer ein schlechter Baumeister und werde es bleiben.“

Dortchen, die lebend unter dem großen Aldeberbusch im Garten auf das Ende der Unterredung mit Kopfweh erharrt, sah plötzlich Gerhard elstern Schritte mit unruhigem Gesicht das Haus verlassen.

„Gerhard!“ rief sie ihm durch den Gartenzaun zu. „Du hast nicht erreicht? Es ist alles aus?“

Er winkte ihr grüßend mit der Hand.

„Vertraue auf mich, mein Dortchen, und bleibe fest“, sagte er leise, dann trat er, ohne sich noch einmal umzusehen, in die Postkutsche.

Der Postillon blieb:

„Muss ich denn, muss ich denn zum Städtchen hinaus, und du, mein Schatz, bleibst hier.“

Schluchzend fiel Dortchen der hinzukommenden Kutsche laut anklagend in die Arme.

„Er geht für immer, Klei“, schluchzte sie. „Aber, dumme Föhre, der kommt wieder, der ist tret wie Gold.“

Und Dortchen lächelte und ihre Seele war voll Hoffen und Glauben, trotz aller Bangigkeit vor der nächsten Zukunft.

Der Frühling treute seine Blüten wie einst. Der Jasmin duftete in bekümmender Fülle und überall war Glanz und Lust.

Und die ersten Rosen waren erblüht. Wie Flammen leuchteten sie an Busch und Strauch.

An demselben Tage ging Leonore Bauer langsam die Rosentaler Straße entlang, dem Rosentaler Tore zu. Sie hatte ihre Schöneidern aufgelaucht, um das neue Kleid für Dortchens Hochzeit zu probieren. Sie hatte keine rechte Freude an dem Festgewand, denn ihr Herz war weh und

wund. Nicht bloß Dortchens wegen, sondern das eigene Gesicht lastete schwer auf dem jungen Herzen.

Dortchen hatte es sich leichter gedacht, mit ihrer reichen Liebe Andreas zum Glück zu führen. Jeden Tag wurde er häßlicher und verächtlicher, und wenn er sich auch lieb und freundlich zeigte, so merkte sie doch, wie unglücklich und zerstückt er war. Umsonst sann das junge Ding, wie sie Andreas helfen könne. Daß er wirklich die Hypothek übernahm, war nach ihrer Meinung ganz ausgeschlossen, und sie ärgerte sich über die Verweigerung, daß er darauf bestand. Ihr Vater, völlig auf Andreas' Seite, hatte schon manchen barten Strauch mit seinem Bruder ausgefächelt. Augenblicklich standen die beiden Brüder so, daß ihr Vater nicht in Dinstel Leberrechts Haus ging. Und die Hochzeit war nahe, die, wie Andreas meinte, nie stattfinden durfte, und zu der man das arme Dortchen zwingen wollte.

Lorchens kam, das Haupt tief gesenkt, nachdenklich an das Rosentaler Tor. Lieb und vertraut war ihr dieser architektonisch schöne, alte Bau mit seinen drei Portalen, der mittlere für Fußwege, die beiden seitlichen für Fußgänger. Begrenzt auf der einen Seite von dem kleinen Gebäude der Steuerbehörde, wie es alle Tore Berlins damals hatten, auf dem gegenüber von der Wache.

Trommelwirbel erglänzte plötzlich und die Wache trat ins Gewehr, einem Leichenzug, der soeben langsam durch das mittlere Portal fuhr, eine Ehre zu erweisen. Früher war das eine allgemeine übliche Sitte. Männer hemmten ihren Schritt und zogen ehrfurchtsvoll den Hut, auch Vornehme neigte sich wie andere Frauen andächtig vor der Majestät des Todes.

Sie hatte nicht bemerkt, daß aus dem Trauergesolge ein stilles Augenpaar sie innig anstarrte. Den Kopf unter dem großen weißen Schutzhut, mit rosa Rosen und Bändern tief geneigt, sah sie ihren Weg fort, die Torstraße entlang, dem alten Marienkirchhof, auch Dresdener Kirchhof genannt, zu. An das Grab ihres einzigen, früh verstorbenen Bruders neigte es sie — ihr war, als müsse sie bei den Toten den Trost suchen, den ihr die Lebenden nicht geben konnten.

Damals war die Torstraße, wo sich heute die Post- und Esplanadestraße mit einem unabsehbaren Käufer- und Verkäufermarkt, noch unbekannt. Weiße Helber und Weisen beugten sich hier hinter der Stadtmauer, an der Lorchens langsam dahinschlurft. Im Schönbauer Tor überlegte sie, ob sie nicht über den Windmühlberg, wo sich die Windmühlen drehen, und über die sogenannten Rehberge gehen sollte. Doch sie gab es auf, als sie überall im Grase lauernde Frauen und Kinder sah, die sich an ihrem mitgebrachten Abendbrot gütlich taten. Die Väter ließen mit ihren Jungen

Trachten steigen und hielten Kinderläden flug durch die Luft.

Dortchen tat das Herz weh — sie konnte keine frohen Menschen ertragen. Ihr weiches, dunkles Gesicht, die Rosen im Bartel schienen ihr wie Spott zu ihrer traurigen Stimmung. Durch das eiserne Tor des Marienkirchhofes schreitend, sah sie den Bekannten, der ihr vorhin begegnet, vor der Wache halten und auf dem Kirchhof vom weitem eine dunkle Menge um eine Gruft am Hauptwege geschart. Sie hörte die Stimme des Predigers, der laut verstandete:

„Von Erde bist du genommen, zur Erde sollst du wieder werden.“

Auch jetzt gewahrte sie nicht die Männeraugen, die ihr aus der Trauerversammlung nachblickten.

Gedankenvoll schritt Dortchen einen schmalen Pfad aufwärts, der nicht in den dunklen, alten Teil des Kirchhofes mit seinen geheimnisvollen, häßlichen Baumwipfeln, führte, in denen sich zwischende Bögel wiegen, sondern einer freien Höhe aufstrebte.

Dort, am Grabe des Bruders, ließ sie sich erschöpfte auf der gekrümmten Bank nieder und läte die hellen Bänder ihres Hut, die sie über die Seitenlehne der Bank hing. Die Sonne spielte auf ihrem braunroten Scheitel und leuchtete in den blassen Wangen über den kleinen Ohren, als hätte sie ihre Freude an Dortchens jungem Liebreiz, deren Antlitz heute nicht so rotig glühte wie sonst. Ihre feis lachenden, tiefblauen Augen träumten schwerträumend in die Ferne.

Ringsumher war Rosenlust. Zu hunderten blühten Rosen auf den stillen Gräbern und dufteten schwer und sinnverwirrend sich.

Von ferne schwebte Gesang herüber. Er klang dem Toten, den man vorhin zu Grabe getragen:

„Ueber allen Wipfeln ist Ruh.
In allen Gipfeln
Zwired
Raum einen Bruch.
Die Wälder schweigen im Walde.
Warte nur, balde
Ruhest auch du.“

Dortchen senkte tief auf. Goethes Nachtlied! Wie sehr sie es liebte. Leise sprach sie die Worte nach und immer ruhvoller wurde ihre aufgeregte Seele. Sie barg ihr Gesicht in die Blüten des Rosenstrauchs, der sich über das Grab des Bruders neigte und las mit weitem Schauer die Inschrift der grauen Marmortafel:

„Früh stirbt, wen die Götter lieben.“
(Fortsetzung folgt.)

Einige möblierte Zimmer

möglichst sofort gesucht. Angebote unter P R 9115 an das Tageblatt Riesa.

Möbli. Zimmer frei
Schönenstraße 11, 2. r.
2 Herren, Ausländer, musikalisch, 24 u. 25 J., mehrere Sprachen mächtig, suchen, da hier fremd, auf diesem ungewöhnl. Wege die Bekanntschaft netter ja. Damen bis 24 J., zwecks gemeinl. Ausflüge, spätere Geirat nicht ausgeschlossen. In Witwe mit 1 Kind angen. Offert. mögl. m. Bild, u. 8 R 9118 an das Tageblatt Riesa.

Hausmädchen
nicht unter 17 Jahren, für 1. August gesucht. Oster Pfund, Stauchh.

Hausmädchen
nicht unter 18 Jahre alt, bei gutem Lohn.
Frau Dr. Thieme, Glaubitz.

Ordentliches, älteres Hausmädchen
für Villenhaushalt in Dellerau per 1. August gesucht. 450 M. Anfangslohn. Näheres bei Frau W. Friedrich, Goethestraße 52, 1.

Jg. Mädchen
bis 16 J., als Aufw. sof. ge sucht
„Stadt Riesa“, Pöbbitz.

Die Zeitungs-Anzeige
übertrifft alle übrigen Reflektanten

Tischler
auf Bau u. Möbel, sowie tücht. Maschinenarbeiter für sofort gesucht. Tarif Lohnklasse 3. Weg. Wohnungsmangel ledige bevorzugt.
Hofmeister Nachf., Eberstraße 1. Paul.

Pferdeflecher
zum sof. Eintritt sucht
Hilfer, Oehda.

Reisevertreter
für Bau- und Düngelalle, sow. landw. Maschinen gef. Hohe Verdienstmögl. gef. Landwirtschaftl. Ein- u. Verkaufsgeschäft
M. G. Seipold, Sternstraße 24

Gasthof „Stadt Riesa“ Poppitz.

Sonntag, den 9. Juli, 8. Kirchkuchen und Kaffee. Angenehmer Aufenthalt im Garten.

Gasthof Grödel.

Sonntag, den 9. Juli
öffentl. Ballmusik
— Anfang 6 Uhr. —
Freundlichst ladet ein S. Garbe.

Prima gebrühte Schweinsköpfe in bekannter Güte
Leberwurst in Zweipfunddosen empfiehlt
Paul Pfeifer, Wettinerstr. 29.

Morgen Sonnabend früh von 10 Uhr an
Verkauf von pa. Kohle
Albert Weichorn, Bierdelichterei Gröda, Kirchstr. 10, Tel. 885. Einschlagspapier bitte mitbringen.

Parkettfußböden

für Fabriksäle, Gesch. und Wohnräume direkt auf alte ausgelegene Dielen u. Massivdecken zu verlegen. Billiger und haltbarer als Linoleum. Parkettfabrik Gustav Goldig jun., Auerbach i. W. Fernr. 84.

Güter

u. Wirtschaften jed. Größe, Gasthöfe, Wäckerien, sowie andere Geschäfte- und Geschäftshäuser werd. von zahlungsfähigen Käufern gesucht durch
R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft Strauß 5, Eiferwerda, Fernspr. Eiferwerda 344.

Kirchennachrichten.

4. Trinitätssonntag 1922.
Riesa. Trinitätskirche: 9 Uhr Predigt Rom. 8, 18-28, mit Abendmahl. Einzelk. (Luthardt). Klosterkirche: 8 Uhr Predigt (Luthardt), Sonntagsschul 414. Mittwoch Kindergottesdienst-Pfarrfrauenverein. Donnerstag Missionsabend.

Weida. Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst. 1/10 Kindergottesd. Gröda. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Berger), 1/11 Uhr Kindergottesdienst.

Panitzsch. 8 Uhr Predigtgottesdienst, 1/10 Unterredung I. Nödera. 9 Uhr Predigtgottesdienst, 1/11 Kindergottesdienst. Mittwoch Jungmännerverein.

Zeitbahn. Vorm. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst. Glaubitz. 1/8 Uhr Abendmahl, 8 Uhr Predigt, 1 Uhr Kindergottesdienst.

Blasewitz. 10 Uhr Predigt.

Ratz. St. Barbara-Kapelle (Waldhufenstraße 9). Sonnabend von 4-8 Uhr Beicht bei einem fremden Geistlichen. Ebenso Sonntag früh von 1/7 Uhr an, um 1/8 Uhr hl. Messe mit Ansprache, um 9 Uhr Hochamt mit Segen. Nachmittags 4 Uhr Versammlung des Jungfrauenvereins. Werktag keine hl. Messe.

Werkmeister f. Maschinenbau

mit gründlichen Kenntnissen in mittlerer Blechbearbeitung, Schweißerei, Schmiede per sofort gesucht.
Angebote m. Bild, Lebenslauf unter G 8 800 an die Ann.-Expeditiionsr. Schmidt, Riesa.

2 Kuhfäher
neben zum Verkauf
Zeitbahn Nr. 80.
Glade mit Schuppen zu kaufen gesucht. In erst. im Tagebl. Riesa.

Sengstfohlen
zu verkaufen.
Sennsdorf, Glaubitz 26.

Reit- und Fahrtturnier Riesa

in der ehemaligen 32er Kaserne, Sonntag, 9. Juli 1922
nachm. punkt 2.30 Uhr. Von abends 7 Uhr an Festball im Hotel Wettiner Hof. — Der Festausschuß.

Zu verkaufen:

jung schöne Schäferhunde sehr stark.
Hiesiger Gröda.
Zwortsch. m. Plane zu verk. Gröda, Kirchstraße 19.
Einige Herrenräder, wie neu, gut vorgerichtet, verkauft v. W. in Hler, Hauptstr. 73, Fahrrad.

Stück-Rohkohle

lowie Sieb-Rohkohle empfiehlt Subrenweise und im einzelnen
S. Kern, Gbstr. 2. Telefon 337.
Hochhaare
kauft jedes Quantum (Schweiß, Bld. 80-100M.)
Firma Otto Striegler, Hauptstraße 56.
Gutgetrocknete Lindenblüten
kauft jedes Quantum die Medizinal-Drogerie A. B. Hennicks.
Pa. Limburger und Kämmel-Käse
neue Saucen sowie Schäufelchen empfiehlt Paul Schautschik Wettinerstraße 5 (neben Wettiner Hof).

Junge Bohnen

Blumenkohl, sowie Gemüsepflanzen empfiehlt billigst Gärtnerei S. Kirßen neben Hofamt II.
Frühe Dahleener Heidelbeeren
liest jedes Quantum 2 Pfund 9 M.
Oskar Mahler, Dahleener, Schloßstr. 59.
Kirchen
empfiehlt pfund- u. korbmäßig
Friedrich Koch, Hauptstr. 19.

Freiwillige

zum Kauf
Zeitbahn Nr. 80.
Glade mit Schuppen zu kaufen gesucht. In erst. im Tagebl. Riesa.

Sengstfohlen

zu verkaufen.
Sennsdorf, Glaubitz 26.

Morgen frische Seefische.

Clemens Bürger.
N. gebrühte Schweinsköpfe
empfehlen sich.
Paul Schautschik Wettinerstraße 5 (neben Wettiner Hof).

Freibank Riesa.

Sonnabend, 8. 7. 22, Rindfleisch, 25 Mark.
Gasthof Lichtensee.
Sonntag, 9. 7., lade zur Einweihung meines renovierten Saales und zur Kartbes. Ballmusik von 5 Uhr an ergehen ein. E. Wittig.

Gasthof Boritz.

Sonntag, 9. Juli, große Ballmusik.
Gasthof Pransitz
Sonntag, Ballmusik.
Gasthof Stöstitz.
Sonntag, 9. 7., v. 7-11 Uhr an öffentliche Ballmusik
Fra. ladet ein A. Roscher.

Gasthof Lentewitz.

Sonnabend, den 8. Juli, öffentl. Jugendball.
Freundlichst laden ein Die Jugend von Lentewitz
P. Gräfe.

Gasthof Wüllknig.

Zum Roseliger Jahrmarkt öffentliche Tanzmusik.
Anfang 7 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein Friedrich Oetert.
Hrb. Hof. Ser. Riesa.
Sonntag, den 9. 7. 22, findet im Schützenhaus unser Sommerveranstaltung statt. Anfang 2 Uhr. Von 6 Uhr ab Ball.
Der Vorstand.

Schneider-Zwangs-Zinnung Riesa.

Montag, d. 10. Juli 1922, nachm. 3 Uhr
3. Quartalversammlung im Hotel Söfner.
1. Ueberlingsaufnahme.
2. Eingänge.
3. Kaffieren.
4. Berichtlesen.
Der Obermeister.
Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.
Hierzu Nr. 27 des Anzeigers an den Tag

Die Umbildung der Regierung.

Der Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung war vorachtern mittag Gegenstand der Besprechungen der Regierungsparteien. Die die „Dress. Nachr.“ aus parlamentarischen Kreisen hören, haben diese Besprechungen ein Ergebnis nicht erzielt und auch nicht zeitigen können, da die Vertreter der bürgerlichen Parteien zunächst ihre Forderungen zu dieser Frage Stellung nehmen lassen müssen. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten haben grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß, wenn eine Erweiterung des Kabinetts erfolgen sollte, diese gleichzeitig nach links und rechts stattfinden müsse. Die unabhängige Sozialdemokratie hat an ihrem Eintritt in die Regierung lebhaft die Forderung geknüpft, im Kabinett vertreten zu sein. Weitere besondere Forderungen sind von ihr nicht erhoben worden. Dagegen verhalten sie sich gegen eine Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung in der Mehrheit ablehnend. Weitere Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien würden stattfinden, wenn die Besprechungen in den Fraktionen zu einem Abschluß gekommen sind.

Die Zentrumspartei und die Fraktion der demokratischen Partei haben gemeinsam einen Brief an die Deutsche Volkspartei gerichtet, in dem es heißt: Wir halten eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nach den Ausführungen, die die Abg. Becker, Heinze und Stresemann in der letzten Zeit im Reichstage über unsere außen- und innenpolitische Lage gemacht haben, für möglich. Wir sehen nach diesen Ausführungen Einigkeit darüber voraus, daß der Wiederaufbau unseres Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform möglich ist. Wir bitten daher um eine Neuerung, ob die Deutsche Volkspartei bereit ist, sich an der Regierung zu beteiligen.

Zu diesem Briefe, der auch an die Bayerische Volkspartei gerichtet war, bemerkt der „Vorwärts“: In maßgebenden Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion strebe man diesem Schritt der bürgerlichen Koalitionsparteien ähnelnd positiv gegenüber, da man sich klar darüber sei, daß das Gesetz zum Schutze der Republik, wie es unter den augenblicklichen Umständen notwendig sei, nur durch eine Einkommensmehrheit mit Einschluß der Unabhängigen erlassen werden könne. Bei der Deutschen Volkspartei, so schreibt der „Vorwärts“, keine leit der Rückkehr Stresemanns die Geneigtheit zur Teilnahme an der Regierung zu zeigen. — Die unabhängige „Freiheit“ erklärt, das ganze Proletariat sei enttäuscht und empört, daß trotz der Anstrengungen der Reichsregierung bisher nichts Durchgeführtes gegen die militaristische und monarchistische Reaktion geschehen sei. Das Blatt verlangt, daß die Ausführung der Verordnungen und Befehle mehr als bisher durch das Proletariat beeinflusst werde. Unser eventueller Eintritt in die Regierung, heißt es weiter, kann nur als außerordentlicher Schritt in einer Ausnahme-situation in Frage kommen. Aber es ist noch sehr fraglich, ob es überhaupt zu diesem Schritte kommt. Schon mehrten sich aus dem Zentrum und der Demokratischen Partei die Stimmen gegen den Eintritt der U.S.V. in die Regierung. Die gegenwärtige Regierung führt, sobald unsere Partei ihr die Unterstützung entzieht. Diese Situation herbeizuführen, hat unsere Partei jeden Tag in der Hand. Dann müssen Zentrum und Demokraten Farbe bekennen. Schlangen sie sich nach rechts, verlangen sie die Aufnahme der Volkspartei in die Regierungskoalition, so ergibt das für die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation eine so schwere Belastungsprobe gegenüber ihrem Arbeiteranhang, daß sie diesen Schritt unmöglich mitmachen kann.

Neue Volksabstimmung in Deutschoberschlesien.

Da nach dem beschlossenen Reichsgesetz zwei Monate nach der Wiedervereinigung Deutschoberschlesiens mit dem Reich eine Abstimmung der Bevölkerung darüber veranstaltet werden muß, ob sie für Deutschoberschlesien das Verbleiben bei Preußen oder Selbstständigkeit als eigenes Land wünscht, so ist diese Abstimmung nunmehr für den 3. September 1922 in Aussicht genommen worden. Die bis dahin zur Verfügung stehende Frist ist lang genug, um den Deutschoberschlesier die Vorteile und Nachteile staatlicher Selbstständigkeit eingehend vor Augen zu führen. Es ist beachtenswert, daß bereits jetzt von polnischer Seite ein lebhafter Feldzug für die Vorkämpfung von Preußen geführt wird. Daß die Wähler dieser Agitation dieselben sind, die auch die Vorkämpfung vom Reich mit allen Mitteln der Ueberredung und der Gewalt durchzusetzen versuchen, sollte alle Deutschen veranlassen, sich schnellst zur Wehr zu stellen gegen die polnischen Bestrebungen zusammenzuschließen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß ein selbstständiges Oberschlesien stark unter polnischem Einfluß stehen würde. Die deutschen Parteien Oberschlesiens haben sich, abgesehen von einigen Zentrumsteilen, ausnahmslos für ein Verbleiben Oberschlesiens im preussischen Staatsverbande erklärt. Trotzdem werden die Deutschen bei der Abstimmung, deren Einzelbestimmungen erst in nächster Woche veröffentlicht werden sollen, schnellst alle Kräfte zusammenschließen müssen, um der geplanten Polonisierung des Landes auf dem Umwege über die eigene Landesregierung und das eigene Landesparlament einen starken Damm entgegenzusetzen. Vom finanziellen Gesichtspunkt aus dürfte die staatliche Selbstständigkeit der durch Abtretung der reichsten Bezirke ohnehin in ihrer Leistungsfähigkeit geschwächten Provinz unerträgliche Lasten auferlegen.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: „In wenigen Tagen wird die Interalliierte Kommission Oberschlesien verlassen haben. Mit ihr zugleich räumen die fremden Truppen und Behörden das Land; der deutschgebildete Teil Oberschlesiens wird wieder mit dem Mutterlande vereinigt sein. Jeder, der durch geschwätzige und unbefohlene Forderungen gegen die Angehörigen der fremden Mächte neue unabsehbare Verwicklungen heraufbeschwört, sät Oberschlesien und dem ganzen Deutschen Reich schwere Schäden zu. Im Namen der Reichsregierung ermahne ich daher die gesamte Bevölkerung, sowie insbesondere alle mit der Durchführung des Abtransportes der interalliierten Truppen beauftragten Beamten, dringend, ihre Ruhe zu bewahren, sich aller feindseligen Handlungen gegen die interalliierten Truppen und Behörden zu enthalten, um so an der schnellen und reibungslosen Durchführung der Räumung mitzuwirken. Dr. Dietrich, Reichskanzler.“

Keine Abtretung ober-schlesischer Ortschaften an die Tschechoslowakei.

Verschiedene Drager nationalistische Blätter brachten die Meldung, daß drei ober-schlesische Ortschaften, die nach der Teilung auf Grund der Abstimmung bei Deutschland geblieben sind, aber angeblich auf Grund des Versailler Friedensvertrages an die Tschechoslowakei abgetreten werden sollten, gegen die wichtige Bahnstation Annaberg bei Oberberg ausgetauscht werden solle. Es würde also Annaberg in tschechoslowakischen Besitz kommen. An dieser unterrichteter Stelle wird darauf hingewiesen, daß die angelegenen Bestimmungen des Friedensvertrages nur für den Fall gelten könnten, wenn Oberschlesien polnisch geworden wäre. Da es zu einer Teilung des Abstimmungsgebietes gekommen ist, dürfte der tschechische Anspruch auf

Gegen Regimentsfeiern und soldatliche Ueberlieferungen

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 6. Juli.

Beratung der zum Gesetz über den Schutze der Republik eingebrachten Interpellationen der Unabhängigen über das Fortbestehen von Selbstschutzorganisationen, über die Schutzhaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Schutze der Reichswehr verurteilt sind und bezw. die Königsberger Hindenburgfeier, sowie der Sozialdemokraten über antirepublikanische Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und Reichswehr.

Abg. Dr. Roes (Unabh.) begründet die erste Interpellation. Wenn ein Beschützer des Mörders Runge, der Rosa Luxemburg und Liebknecht, an diesen geschrieben hat: Die Deutschnationalen Partei muß für Sie sorgen, so ist es selbstverständlich, daß Schützer und Beförderer eines Mörders die gleiche Strafe, wie diesen, treffen muß. Die Offiziere der alten Armee im Bunde mit den Selbstschutzorganisationen gefährden die Republik. Dragesch, Hochbach und Hubertus bestehen weiter. Wir unterstellen sehr wohl zwischen einem Düringer, Höhsch, Mutter Behm und einem Henning, Wulle und Delferich, von der Kreuzzeitung bis zum Volksanzeiger wird die Presse verurteilt. Es ist besser, daß die Republik verfassungsmäßig lebt, als daß sie verfassungsmäßig zugrunde geht. Die Regimentsfeiern, wie auch die Hindenburgparade in Königsberg, werden zu Provokationen der Arbeiterkraft ausgenutzt, und zur selben Stunde, als Rathenow ermordet wurde, schlug der durchlauchtigste Herrnherr des Johanniterordens Seine königliche Hoheit Prinz Eitel Friedrich in Potsdam neue Johanniterritter. (Gelächter links.) Auch die Paraden vor den Wittelsbacher Prinzen haben mit Erinnerungsfestern an Kriegserlebnisse nichts zu tun. Was die Deutsche Volkspartei, die bislang Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen gehalten hat, angesichts der jetzigen Lage tun, was sie für erforderlich hält, das Professoriat ist auf dem Wege zur Einlösung. Es will heraus aus der jetzigen Nordatmosphäre, sonst haben wir den Bürgerkrieg.

Um 8 Uhr wurde die Verhandlung zur Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung über die Neugliederung des Reiches unterbrochen. Das Gesetz wurde angenommen.

Hierauf begründete Abg. Vogel-Fronken (Soz.) die Interpellation bezw. antirepublikanische Kundgebungen aus der alten Armee und Reichswehr. Die Regimentsfeiern, die vorwiegend von ehemaligen Offizieren veranstaltet würden, wüßten sich immer mehr zu antirepublikanischen Kundgebungen aus und Reichswehrtruppen beteiligten sich daran. Im Reichswehrministerium erkenne man die Gefahr dieses Treibens noch immer nicht oder wolle sie nicht erkennen. Am schnellsten sehe es in Bayern. Die Bevölkerung werde zur Selbsthilfe gezwungen, wenn Provokationen der Reichswehr, die ganz ungeniert mit der Platte Schwarz-weiß rot paradierte, nicht aufhörten. Dazu komme die neue Provokation durch Besetzung des Herrn v. Löwenfeld zum Kommandanten eines republikanischen Kriegsschiffes, womit sich Deutschland im Ausland nur lächerlich machen könne. Darum verlangen wir Garantien dafür, daß das Reichswehrministerium endlich Ernst macht mit der Republik.

Justizminister Haderich bespricht die Schadenersatzforderungen in den sogenannten Waffensproben, die in der zweiten Interpellation angesprochen sind. Wegen die Schadenschaltung bei rechtsirrtümlichen Urteilen sei nichts einzuwenden. Wenn, wie Vorredner meinte, die bayerischen Polizeibehörden angewiesen seien, bei Anordnungen des Reichsanwalts vor Vollzug dieser Anordnungen die Sache dem bayerischen Minister des Innern vorzulegen, so entspreche das nicht der Reichsverfassung. Das Reich könne nicht darauf verzichten, seine Anordnungen sofort zur Durchführung zu bringen.

Vertreter des Reichswehrministeriums Major Schleier verliest, von künftigen Zwischenrufen der äußersten Linken unterbrochen, eine lange Erklärung über das Verhalten der Truppe bei der Hindenburgfeier in Königsberg. Die Truppe habe alle Abmahnungen inne gehalten, die mit dem dortigen Polizeipräsidenten vorher getroffen waren. Nicht so aber die Demonstranten. Der Ueberfall war vorbereitet und die kleine Truppe befand sich in der Notwehr. Die Teilnahme der Reichswehr bei Erhebung von Gefallen sollte die Liebe zum deutschen Vaterlande pflegen und wie die Regiments-

tage selbst, ein Mittel sein, aber die im Volk vorhandenen Gegensätze hinwegzuführen. (Gelächter links.)

Reichsminister des Innern Köster: Obwohl unsere Reichsmittel gegen die Organisationen bislang nur gering waren, haben wir doch schon vor dem September eine Reihe von Bänden verboten. Jetzt haben wir allerdings andere Mittel und es sind daraufhin in Preußen, Sachsen und Thüringen eine große Reihe von Organisationen verboten worden. Darunter diejenigen des Deutschösterreichischen Schutzbundes, eine ganze Anzahl von Jugendbänden, der Bund nationalgeklimmter Soldaten, die Stahlhelmvereinigungen und andere. Ob die Mittel ausreichen, wird die Zukunft lehren. Wir haben dem Reichsrat erneut ein Reichspolizeigesetz gestellt. Es wird auch Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Wir sind mit großer Strenge vorgegangen, aber wir wissen, nicht alle diese Vereine sind aus Bosheit entstanden. Andererseits stellt uns die Auflösung dieser Vereinigungen vor neue Aufgaben. Schon bei den Auflösungen im Herbst haben wir versucht, viele, durch die Auflösung nutzlos gewordene Existenzen wirtschaftlich unterzubringen, auch sehr haben wir in Oberschlesien wieder hunderte von Selbstschützern, die existenzlos sind. Ich bin in Verbindung getreten mit dem Gewerkschaftsbund und der Industrie und freue mich, sagen zu können, daß der Gewerkschaftsbund bereit ist, diesen Leuten wirtschaftlich zu helfen.

Es folgt die Besprechung der Interpellationen.

Abg. Gano (D. V.): Hindenburg ist, hochbetagt, noch einmal in seine Heimat gefahren und in die Städte, die ihn zum Ehrenbürger ernannt hatten. Die Veranstaltung war ganz unpolitisch. Die Begeisterung war ungeheuer. Einen Mann wie Hindenburg parteipolitisch zu hemmen, sei unerhört. Schämten müssen wir uns im Ausland. (Beifall rechts. Händelstischen auf der Tribüne. Wäntender Lärm bei den Unabhängigen und Kommunisten, welche sofort die Räumung der Tribüne verlangen. Glocke des Präsidenten. Im Saale bilden sich erregt debattierende Gruppen. Eine Anzahl Tribünenbesucher wird von den Dienern veranlaßt, die Tribüne zu verlassen.) Redner geht langsam unter fortwährenden Unterbrechungen der Linken und kommunistischen Ermahnungen der Rechten auf die Einzelheiten des Besuchs Hindenburgs ein.

Abg. Denfel (Dnat.): Die ganzen Interpellationen hatten nur den Zweck, ein Trommelfeier gegen die Deutschnationalen zu eröffnen. Die Selbstschutzorganisationen sind nur eine Gegenmaßnahme gegen linksradikale Ausschreitungen und die Regimentsfeiern dienen nur der Kameradschaft. Wir werden uns das deutsche Heer und seine Frontisten nicht aus dem Herzen reißen lassen. (Beifall rechts. Lärm links.) Die Heimat ist dem Heer in den Rücken gefallen, die Linke sollte sich schämen, ein neues Zuchtbarngesetz zu machen. (Wäntender Lärm links, Aufst. Unverschämtheit! Plutonium!) Die Abgeordneten der Linken drängen auf den Redner ein und Präsident Loebe unterbricht die Sitzung. Der Lärm legt sich erst ganz allmählich.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte Präsident Loebe mit, daß der Abg. Denfel sich bei dem Satz vom „in den Rücken fallen“ auf den Wandeburger Stadtverordneten Vater habe berufen wollen, und erteilte dem Abg. Denfel von neuem das Wort.

Die Linke schrie: Nein, Nein! und drang unter erneutem Lärm gegen die Rednertribüne vor.

Darauf schloß der Präsident gegen 7 Uhr die Sitzung. Morgen nachmittag 4 Uhr Weiterberatung.

Der Reichsrat

Beschäftigte sich gestern mit dem Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. In dem Gesetzentwurf wird festgesetzt, daß das Verlangen der Eidesleistung auf die Republik die sofortige Entlassung des Beamten ohne Disziplinarverfahren durch Verhängung der vorgetretenen Behörde zur Folge habe, ohne daß dem entlassenen Beamten irgendwelche finanziellen Ansprüche zufließen. Zur Durchführung des Gesetzes sollen die vorhandenen Disziplinarverträge verstärkt werden. Vor der Gesamtabstimmung erklärte der bayerische Gesandte von Preuss, daß für die bayerische Regierung das Gesetz in der jetzigen Form nicht annehmbar sei. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz mit 49 gegen 16 Stimmen angenommen. Für das Gesetz stimmten alle Staaten mit Ausnahme Bayerns, sowie der Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Vosen, Westfalen, der Rheinprovinz und Hessen-Nassau.

Finanzlage Oesterreichs und Polens verhindern. Bis Oktober zu warten, wäre verhängnisvoll, nur ein kleines Darlehn und kurze Suspendierung jeder Zahlung könne die Katastrophe verhindern.

Der 11. August Nationalfeiertag?

Die Regierungsparteien des Reichstages sind übereingekommen, durch einen gemeinsamen Initiativantrag die Einziehung eines nationalen Feiertages herbeizuführen. Ueber diesen nationalen Feiertag ist in den letzten Jahren bereits mehrfach verhandelt worden, ohne daß man sich innerhalb der Parteien, die in der Sache an sich vollkommen übereinstimmen, über den geeigneten Tag einigen konnte. Diese Einigung ist nunmehr erfolgt. Es soll nach dem Antrag der Parteien der 11. August, der Tag der Verkündung der Verfassung, als Nationalfeiertag eingeseht werden.

Brüggelzonen im preussischen Landtag.

Im preussischen Landtag kam es am Donnerstag nach der Rede des Abg. Rattner (Soz.) zu hitzigen Szenen. Der Abg. Herrmann-Friedersdorf (deutschnat.) erhielt zu einer persönlichen Bemerkung das Wort (er ist beschuldigt worden, ein Mitglied der Organisation O mit Geld unterstützt zu haben). Während der Redner nach der Rednertribüne hinaufging, drängten sich Unabhängige und Kommunisten an die Rednertribüne heran und versuchten, den Redner durch laute Zurufe am Reden zu verhindern. Deutschnationalen Abgeordnete stellten sich schützend vor ihn. Als Abg. Herrmann nun versuchte, eine Erklärung zu verlesen, flog ihm ein Band Sitzungsprotokolle ins Gesicht. Er übergab nun dem Präsidenten sein Manuskript. Währenddessen brachen Unabhängige und Kommunisten in die Reihen der Deutschnationalen ein. Der Abg. Jürgensen (U.S.) wurde dabei nach der Treppe abgedrängt und fiel rückwärts hinunter. Wüthlich ergriff der Kommunist Nag die Wächterstange und brachte die Wächter auf dem Präsidententisch in Unordnung. Zwischen dem sozialistischen Abgeordneten Klauiner und dem Abgeordneten Jürgensen einerseits und den Deutschnationalen andererseits entspann sich ein wütendes Handgemenge. Im Saale erhob sich ein Enttäuschungssturm. In die lauten Zurufe klangte der an seinem üblichen Plaz an der Ministerbank stehende Ministerpräsident Braun ein. Präsident Reinert hatte den Präsidentensitz verlassen. Minutenlang standen die Abgeordneten noch in erregten Gruppen zusammen. Erst dann

die erwähnten drei Ortschaften kaum Erlola haben. Die Kombinationen über Annaberg sind jedenfalls grundlos.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat

wurde ein Antrag des finanzpolitischen Ausschusses auf Änderung des Einkommensteuergesetzes einstimmig angenommen. Danach wird entsprechend dem gesunkenen Geldwert der abzugsfähige Betrag von 3000 M. auf 6000 M. erhöht. Spareinlagen und die unter Sperrung der Rückzahlung auf den Todes- oder Lebensfall eingezahlten Beträge, soweit sie 6000 M. jährlich nicht übersteigen, bleiben steuerfrei.

Ein deutscher Kohlenlieferungs-vorschlag.

Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat die Reichsregierung an die Reparationskommission das Ersuchen gerichtet, die rückständigen Kohlenlieferungen für Juni und Juli in englischer Kohle ausführen zu können. Dieses Ersuchen wird durch die schlechte Lage auf dem Kohlenmarkt begründet. Die englische Kohle soll auf Kosten Deutschlands von England nach Frankreich befördert werden. Gleichzeitig hat die Reichsregierung an die Reparationskommission eine Denkschrift über die Lage auf dem Kohlenmarkt überreicht. Diese Denkschrift soll die Grundlage für das neue Kohlenlieferungsabkommen bilden, das etwa Mitte August in Kraft treten wird. Die Verhandlungen über das neue Programm werden in der kommenden Woche in Paris aufgenommen werden.

Immer wieder Zwangsmassnahmen.

Nobod George antwortete im Unterhause auf eine Frage, daß die britische und die französische Regierung zusammen in Austausch über die Frage der Zwangsmassnahmen getreten sind, falls Deutschland den Bedingungen des Friedensvertrages nicht nachkomme. Die englische Regierung ist bereit, die gewechselten Noten zu veröffentlichen, sobald die Zustimmung der französischen Regierung eingelaufen ist.

Deutschland vor der Finanzkatastrophe.

Der Berliner Vertreter des „Daily Telegraph“ meldet: Nach Ansicht dorriger nichtdeutscher Finanzleute habe die Wark den Gefahrenpunkt erreicht und nur sofortiges Eingreifen der Alliierten könne ein Sinken Deutschlands in die

teate sich die Erregung. Der Kabinettsrat ist sofort zusammengetreten.

Von der Haager Konferenz.

Sofort nach der Haager Konferenz, es sei der Komplexion im Hinblick auf die Arbeiter und Bauern die Zahlung der russischen Schulden vorzuschlagen, wenn sie nicht auf Gegenleistungen in Form von Krediten hinweisen könnten. Die Bauern, die 85 Prozent der Bevölkerung ausmachten, würden zu 50 Prozent bereit sein, die Schuldenlast auf sich zu nehmen. Wenn keine Übereinstimmung erreicht werde, so werde die Komplexion am 1. März 1922 in Wien stattfinden. Nach einem Jahre werde die Lage für die Komplexion viel besser sein. Sie würde dann selbstverständlich weniger an Kontinuität bereitet sein. Wenn man also noch lange zögere, werde man dabei nur verlieren.

Die Kriegsschuldfrage in der französischen Kammer.

In der französischen Kammer wurden von republikanischen und sozialistischen Gruppen Interpellationen über die Kriegsschuldfrage eingeleitet. An der Spitze der Interpellation stand der kommunistische Abgeordnete Vallant-Belair, der die Verhältnisse der Kammer verurteilte, aber er konnte einer Aufforderung des Ministerpräsidenten nach, um selbst zu erklären, was die Verantwortung für den Krieg trage, hätte man nur die Dokumente der deutschen Sozialdemokraten zu sehen, die die Verantwortung feststellten hätten. Wir haben, so erklärte er, niemals die Verantwortung Deutschlands für den Krieg akzeptiert. Der Versailler Vertrag behält die Verantwortung Deutschlands und seiner Verbündeten. Aber wenn Frankreich bestraft worden wäre und mit dem Vetter an der Kehle einen ähnlichen Text hätte unterzeichnen müssen, hätten dann nicht unparteiische Geschichtsschreiber nach der Verantwortung Deutschlands suchen können? Im Jahre 1914 schien das Spiel der geheimen Allianzen den Krieg unvermeidlich gemacht zu haben. Es habe eine Kriegspartei bestanden, nämlich die Kapitalisten, die ihre Vorräte verkaufen wollten, die Diplomaten und Militärs, deren Gewerbe der Krieg sei, die jungen Leute, die einer Politik ohne Schwere überdrüssig geworden seien. Herr v. Bethmann Hollweg auf der einen Seite und Herr Poincaré auf der anderen Seite dachten 1912, daß sie das Meer vermehren, um den Frieden zu sichern. Die Kommunisten erklärten, daß wenn man den Krieg verhindern will, weiter den Frieden vorbereiten muß, und wenn wir Herrn Poincaré die Verantwortung für den Krieg vorwerfen, so geschieht es, weil wir den Standpunkt vertreten, daß er keine Garantie für den Frieden Europas darstellt. Vallant-Belair fährt dann fort, sich mit der Laufbahn Poincarés zu befassen und erklärt, er sei, als er Präsident der Republik wurde, von dem größten Teil der nationalen Parteien gewählt worden. Eine Welle des Chauvinismus sei über das Land gegangen. Vallant-Belair verliest ferner Telegramme von Tscholko, die Poincaré zum Teil als Fälschungen erklärt. Die Kammermitglieder sollen der Rede Vallant-Belairs wenig Aufmerksamkeit, sodas der Ministerpräsident Besondere darauf aufmerksam machen muß, daß sie die Debatte gewaltig haben. Vallant-Belair fährt fort: Wir wissen, daß Deutschland den Krieg wollte, aber Rußland wollte ihn auch, und Frankreich wurde durch seine Verbündeten hineingezogen. Vallant-Belair spricht dann von der Reise Poincarés nach Rußland und sagt, während eines Banketts habe eine Großfürstin zu Poincaré gesagt, eine Großfürstin und ein Mann hätten mehr Einfluß als wirkliche Diplomaten. Auf dem gleichen Bankett habe Poincaré eine Rede gehalten, die in den Worten endete: Wir wollen den Frieden der Macht, der Ehre und der Würde. Wenn Deutschland wirklich den Krieg wünschte, so müßte man annehmen, daß auch der Alliierte Frankreich, Rußland den Krieg gewollt habe. Rußland war zum Krieg bereit. Das offizielle Rußland wünschte den Krieg. Die russische Mobilisierung war am 30. Juli um 4 Uhr nachmittags entschieden. Es ist nicht richtig, daß die österreichische Mobilisierung früher erfolgte, diese fand am 31. Juli statt. In diesem Augenblick erhebt sich Viviani, der Ministerpräsident des Jahres 1914, und erklärt unter großer Spannung: Ich war damals Ministerpräsident. Ich werde nicht zulassen, daß man einem anderen die Verantwortung für die vollen Handlungen aufschreibt. Österreich mobilisierte früher als Rußland. Ich selbst sagte damals Salonon, er möge nichts tun, was einen Konflikt herbeiführen könnte. Viviani ärgert dann aus den deutschen Dokumenten Stellen und behauptet, daß Österreich am 30. Juli um 1 Uhr früh mobilisierte, während Rußland erst am 31. Juli, um 10 Uhr vormittags mit der Mobilisierung begonnen habe. Viviani betonte die friedliche Gesinnung Frankreichs. Er erntete ungeheuren Beifall. Poincaré geht auf ihn zu und umarmt ihn. Poincaré hat nach stundenlangem Debattieren sein Vertrauenswort erhalten.

Eine Rede Poincarés.

Auf dem von der amerikanischen Handelskammer aus Anlaß des Unabhängigkeitstages abgehaltenen Bankett, dem der Ministerpräsident Poincaré beizuwohnte, hielt dieser eine Rede, in der er sagte: Nachdem wir, Frankreich und Amerika, im 18. Jahrh. nach dem Worte Franklin gemeinsam in Amerika die Freiheit Europas verteidigten, hatten wir in Europa die Freiheit Amerikas zu verteidigen, des Amerikas, das mit der gesamten Welt durch den deutschen Imperialismus bedroht war. Bevor die Vereinigten Staaten selbst sich entschloßen, in den Kampf einzutreten, zeigten sie den Verdrossenen, Witwen und Waisen Frankreichs ihre Großmut, dem wir ihre Erinnerung bewahren werden. Während dreier Jahre war Frankreich auf Vorposten mit seinen Alliierten Belgien und England geblieben und bildete mit ihnen die Defensivarmee für die zivilisierte Welt. Indem sich Amerika für uns ausprügte, erkannte es an und brachte allen Völkern zum Ausdruck, daß Frankreich jene hohen Gedanken verteidigte, die am 4. Juli 1776 in der Erklärung des amerikanischen Kongresses niedergelegt worden sind. Poincaré sagte zu den Mitgliedern der Handelskammer: Sie leben unter uns. Sagen Sie Ihren Landsleuten, die uns nicht kennen und die uns schlecht verstehen, daß wir weder aufschneiden, noch kleine als Demokraten verkleidete Sklaven, noch Kinder sind, die mit Soldaten spielen wollen, sondern ruhige arbeitssame Leute, deren Boden oft angegriffen wurde und der wieder einmal verwüstet worden ist, und daß wir nur verlangen, für unsere Verluste entschädigt zu werden, damit wir inskande sind, die unterbrochene Arbeit wieder aufzunehmen. Sagen Sie ihnen, daß wir ihnen mehr denn je unsere Freundschaft bewahren.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Fall Leopoldine. Von zukünftiger Seite wird mitgeteilt: Anlässlich des Hochverratsprozesses Leopoldine wurde in verschiedenen bayerischen Blättern über illoyale Beziehungen des Verurteilten zu amtlichen Berliner Stellen berichtet. Die Reichsregierung legt größten Wert auf vollste Aufklärung und stellt fest: Der Reichskanzler hat zu Leopoldine keinerlei Beziehungen gehabt. Der Vertreter der Reichsregierung in Bayern hat zu Leopoldine keinerlei Beziehungen gepflogen. Der Chef der Reichskanzlei hat Leopoldine lediglich aus anderen Gründen empfangen, um

sein Anliegen vorzubringen. Weber der Person nach dem Mittelungen Vorprochings wurde irgendwelche Bedeutung beigegeben.

Die Ausstellungen gegen Zeitungsbetriebe. Die Anzeigen, in den letzten Tagen in den verschiedenen Orten Deutschlands begangenen Ausstellungen gegen Zeitungsbetriebe haben auch den Verein Deutscher Zeitungsleger (Vereinsleiter der deutschen Tageszeitungen), als berufener Vertreter der deutschen Zeitungen unverzüglich nach Bekanntgabe der ersten Vorfälle veranlaßt, die Aufmerksamkeit des Reichsministeriums des Innern auf die außerordentlichen Vorfälle zu lenken, die in den heutigen Zeiten besonderer politischer Erregung gerade den Zeitungsverlagen drohen. Der Verein hat mit allem Nachdruck gebeten, daß seitens des Reichsministeriums des Innern geeignete Schritte zum Schutze der Zeitungsbetriebe unternommen werden.

Zurückgegangener Einspruch der Interalliierten Rheinlandkommission. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat den von ihr erhobenen Einspruch gegen die Besetzung des Gommatalprofessors Wilhelm Beyerkamp aus dem unbesetzten Gebiet nach Kaiserslautern auf Grund der vom Reichskommissar für die besetzten Rheinlande erhobenen Vorstellungen zurückgezogen.

Die „Freiheit“ beim „Vorwärts“ in Druck. Die „Freiheit“ wird zunächst im Verlage des „Vorwärts“ hergestellt, da sich der bisherige Verleger der „Freiheit“, der im Verein Berliner Buchdruckerbetriebe ist, sich weigerte, die „Freiheit“ während des Streiks herzustellen.

In ganz Thüringen Kontrollausschüsse. In fast allen Orten Thüringens hat, wie die „Rote Fahne“ schreibt, die Arbeiterchaft Kontrollausschüsse gebildet. Die Ausschüsse verlangen die Änderung der reaktionären Verwaltung und Sivo von reaktionär gestimmten Beamten. Es wird jetzt über die Bildung eines Kontrollausschusses für ganz Thüringen verhandelt.

Zum Attentat auf Garben. Die Untersuchung, die Beamte des Berliner Polizeipräsidiums in Sachen des Attentats auf Maximilian Garben in Oldenburg geführt haben, hat dem „Vorwärts“ zufolge zu der Feststellung geführt, daß die Attentäter Reichard und Anfermann mit deutschbaltischen Kreisen in Verbindung standen und von diesen auch die Mittel erhalten haben.

Die Mathemagender noch nicht verhaftet. Die Telegraphenunion verbreitete die Mitteilung, daß ein weiterer Mathemagender verhaftet worden sei. Diese Mitteilung, die als vom Berliner Polizeipräsidium bestätigt genannt wird, ist leider falsch. Es ist bisher noch nicht gelungen, einen weiteren Mathemagender festzunehmen.

Platz der Republik in München. Der Hauptausdruck des Stadtrats in München hat nach lebhafter Aussprache mit den sozialistischen Stimmen einen Antrag der U.S.P. angenommen, nach dem an alle Amtsvorstände die Weisung ergehen soll, alle monarchistischen Symbole, Bilder usw. aus den öffentlichen amtlichen Lokalen und Schulen zu entfernen. Im Laufe der Aussprache forderte der Vertreter der U.S.P., daß der Königspalast in München den Namen erhalte: Platz der Republik.

Aus Sommerhensburg liegt noch kein amtlicher Bericht vor. Es ist noch unklar, wann die mit Raketenautomobilen angekommenen dreißig Mann, die auch ein Maschinengewehr mit sich führten, entlassen worden sind. Der Verwalter v. Rosenberg wurde schwer mißhandelt. Er ist mit seiner Familie nach Magdeburg in Sicherheit gebracht worden. Die weiter gemeldet wird, sind keine Verhandlungen mit Gutverwalter Rosenberg geführt worden. Eine Abordnung von dreißig Mann wurde von der Menge ins Schloß geschickt. Rosenberg weigerte sich, sie zu empfangen. Die Landarbeiter verlangten nämlich auf dem Rittergut, daß ihnen ein höheres Deputat an Land zugeteilt werde, was abgelehnt worden war. Daher die Erregung gegen Rosenbergs. Nach Ablehnung der Verhandlungen wurde das Tor erbrochen und man wollte gewaltsam eindringen. Hier hat Rosenberg und vielleicht auch einer der im Gute stationierten Fürstlichen geschossen. Zur Zeit ist Ruhe eingetreten.

Im Reichsministerium für Wiederaufbau fand gestern eine Sitzung des bei ihm bestehenden Rates für Wiederaufbaufragen statt. Den Gegenstand der Verhandlungen bildete die Durchführung des freien Verkehrs bei den Reparationslieferungen auf Grund der Abmachung mit der Reparationskommission und mit Frankreich.

Aus Anlaß der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau haben noch der amerikanische Vizekonsul in Berlin, der niederländische Gesandte sowie die Gesandten von Chile, Jugoslawien und Portugal in einem Schreiben dem Reichskanzler das Beileid ihrer Regierungen zum Ausdruck gebracht. Der bulgarische Ministerpräsident Gemboulski sandte aus Sofia ein Beileidstelegramm. General Maucere, der Vorsitzende des Garantiekomitees, richtete ebenfalls ein Beileidstelegramm an den Reichskanzler. Weitere Beileidstelegramme sind u. a. eingelaufen von der Weis- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag, der deutschen Kolonie in Kassel, sowie vom Präsidium der nationalen Vereinigung der Mütter und Witwen der italienischen Gefallenen in Mailand.

Polen.

Unangenehme Finanzlage. Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphenagentur hat sich die neue Regierung dem Selb vorstellt. Der Ministerpräsident Czerwinski sagte in seiner Programmsrede, die Regierung werde denselben Grundsätzen huldigen, welche den Grundstein der Politik des letzten Kabinetts bildeten. Die eingegangenen Staatsverpflichtungen würden streng eingehalten werden, auf das Bündnis mit Frankreich gefaßt, werde die Regierung die Beziehungen zu Rumänien vertiefen und die Beziehungen zu der kleinen Entente und den baltischen Staaten zu stärken suchen, und in Verfolgung ihrer Friedenspolitik werde die Regierung ein engeres wirtschaftliches Zusammenleben mit den anderen Staaten anstreben. Auf die Finanzlage Polens übergehend, bemerkte der Ministerpräsident, daß die gegenwärtige Lage nicht günstig sei. Das im Voranschlag für 1922 vorgesehene Defizit von 132 Milliarden habe sich auf 400 Milliarden erhöht. Um übermäßige Inflation entgegenzutreten, werde die Regierung zur Aufnahme einer Anleihe schreiten.

Rußland.

Der türkische Marschallstab für Trochl. In nächster Zeit wird eine Abordnung von Angora nach Mostau reisen, um Trochl den türkischen Marschallstab zu überbringen.

England.

In Dublin haben sich alle irischen Blätter erhoben. Die Besetzungen sind niedergebrennt.

Eine Regierungserklärung im bayerischen Landtag.

Der bayerische Landtag beschäftigte sich gestern mit der Interpellation der Unabhängigen wegen der Tätigkeit vom Regierungspräsidenten von Oberbayern Dr. von Kahr in einer Versammlung gehaltenen Rede. In der Interpellation wird gesagt, daß Herr v. Kahr in seiner Rede unerschrocken zur Wiedereinführung der Monarchie aufgefördert habe. Minister des Innern Dr. Baumbach antwortete unter den Jubelrufen der Unabhängigen gegen das monarchistische Befehlsamt des von der Republik besetzten Herrn von Kahr keinen Einspruch erhoben. Die Regierung wird gezeugt, ob sie gegen diese monarchistische Propaganda etwas

zu unternehmen gedenkt und ob die freischaffenden Mitarbeiter nicht der Meinung sind, daß es für sie unethisch ist, widerspruchlos an monarchistischen Grundgedanken teilzunehmen. Der Begründer der Interpellation (Herr v. Kahr) bezeichnet Kahr als nicht anders als den Statuarischen und Geschäftsfreudigen für die kommende Monarchie (Kubrecht, Hg. Fischer (Unabh.) ruft: Loth- und Landesbeamter, Ordnungsrufe des Präsidenten.) Kahr, der bezahlte Beamte der Republik, mißbrauche sein Amt bewußt zu monarchistischer Propaganda und sei ein Rebell. (Präsident Königsbaur wies den vom Redner gegen die Regierung erhobenen Vorwurf, daß die Verordnung des Reichspräsidenten in ihr Gegenstand verleihe und sie nur gegen links angewendet werde, zurück, ebenso den Vorwurf, „Rebell“ gegen Herrn v. Kahr.) Der Interpellant, der im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wiederholt zur Ordnung gerufen wurde, erklärte schließlich, Kahr untergrabe in irreführender und standbildlicher Weise die Autorität der Reichsregierung. Er gehöre vor den Staatsgerichtshof und müsse nach der Verordnung des Reichspräsidenten aus seinem Amte verschwinden.

Minister des Innern, Dr. Baumbach, erklärte, daß die Versammlung, in der Kahr gesprochen habe, eine geschlossene Versammlung der Beamtenvereinigungen und Studentenvereinigungen der Bayerischen Volkspartei gewesen sei. Es liege jedem Deutschen nach der Reichs- und Landesverfassung das Recht der freien Meinungsäußerung zu. Ein Beamter, der aus seiner monarchistischen Gesinnung kein Hehl mache, mache sich dadurch seiner Verletzung seiner Dienstpflicht schuldig, auch nicht dadurch, daß er die Wiedereinführung der Monarchie als ein erstrebenswertes Ziel bezeichne, sofern nur der geschäftsmäßige Weg der Veränderung der Verfassung im Auge gefaßt werde und auch die Form, in der die Anschauung vertreten werde, nicht beanstandet werden könne. Dabei werde namentlich von den politischen Beamten und den Beamten in leitenden Stellungen eine größere Zurückhaltung bei der Äußerung ihrer verfassungsmäßigen Rechte und in der Verteidigung einer gegen die gegenwärtige Staatsform gerichteten Gesinnung zu verlangen sein. Wenn man die Rede Kahr's nach diesen Gesichtspunkten würdige, müsse man zu dem Ergebnis kommen, daß Kahr die ihm durch seine Beamtenpflicht und durch seine Stellung als Regierungspräsident gesetzten Schranken nicht überschritten habe. Eine Aufforderung zur Wiedereinführung der Monarchie in Bayern könne in der Rede nicht enthalten sein. Für die Regierung bestehe daher keine Möglichkeit, Herrn von Kahr wegen seiner Äußerungen zur Verantwortung zu ziehen. Auch die Teilnahme eines Ministers an der Versammlung sei bei dieser Sachlage nicht zu beanstanden. In der Rede Kahr's gab Herr v. Kahr, der aus der Volkspartei eine Erklärung ab, in der ausdrücklich wird, daß in der Rede Kahr's, in der er vor jedem Versuch einer gewaltsamen Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse ernstlich gewarnt habe, in keiner Weise eine Aufforderung zur Wiedereinführung der Monarchie, am allerwenigsten die Aufforderung zu einem Bruch der Verfassung zu enthalten sei. Ein Vorgehen gegen die freie Äußerung der politischen Gesinnung eines Beamten würde der Reichsverfassung widersprechen.

Die fortschreitende Teuerung.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hält an. Wenn der Monat Mai einen gewissen Stillstand der Teuerung vorzubereiten schien, so gehen die Preise heute umso sprunghafter in die Höhe. Die Inlandspreise steigen bestänlich dem Dollar ziemlich unmittelbar nach. Die vom Statistischen Reichsamt errechneten Reichsindexnummern vom Monat Juni liegen noch nicht vor. Aber schon die Zahlen geben ein annäherndes Gesammtbild der Teuerung, zumal, da außer dem Aufwands für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung auch die bedeutenden Ausgaben für Bekleidung in die Berechnung mit einbezogen sind.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben nach den Berechnungen des Statistischen Amtes wiederum fast sämtliche in die Erhebung eingeschlossenen Lebensbedürfnisse beigetragen. Wesentliche Preissteigerungen zeigten wiederum Brot, Nahrungsmittel, Fleisch, Zucker und Fett. Verbrauchsgüter, besonders Kohle und Breiweiß sind hauptsächlich in Folge der Frachterhöhung weiter im Preise gestiegen. Die neuen Preistafeln und erhöhten Kohlepreise haben eine abermalige Steigerung im Gefolge. Die Preise für Gas und elektrischen Strom sind ebenfalls fast überall heraufgejagt worden. Eine sehr starke Steigerung haben die Bekleidungskosten erfahren. Der Fortschritt der Teuerung ist diesmal sowohl in den Großstädten wie in den mittleren und kleineren Städten nicht ganz einheitlich verlaufen.

Steigerung der Ernährungskosten. Beim Vergleich der Preise vom Mai 1921, dem billigsten Monat des Vorjahres, und derjenigen bis Juni dieses Jahres mit den Friedenspreisen sind a. B. gestiegen um Durchschnitt des Reichs: Roggenbrot (amtlich verteiltes) um das 27fache, Roggenbrot im freien Handel um das 48fache, Vollkornbrot um das 38fache, Margarine um das 40fache, Rindfleisch um das 47fache, Schweinefleisch um das 53fache, Zucker um das 54fache, Butter um das 55fache und Kartoffeln um das 61fache. Insgesamt sind die Ernährungsstellen im Reichsdurchschnitt bis Juni um das 47fache gestiegen.

Steigerung der Kosten für Heizung, Beleuchtung u. Wohnung. Die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung, die im Juli 21 gegenüber der Vorkriegszeit eine 12,8fache Steigerung aufwiesen, sind im Mai 1922 auf das 44fache gestiegen, diejenige für Wohnungsmiete bis zum Mai 1922 im Durchschnitt auf den dreifachen Betrag.

Die Ausgaben für Ernährung, Heizung und Beleuchtung haben im Juli 1921 das 14,7fache, im Mai 1922 das 46,5fache der Friedenszeit betragen.

Steigerung der Bekleidungs- und Verbrauchsausgaben. Bei der Erfassung dieser Ausgaben sind als Jahresverbrauch für eine Familie von zwei Erwachsenen und drei Kindern angenommen worden: ein Männerkleid und je ein Frauenrock und Blusen; für Unterbekleidung je 3 Männer- und Frauenhemden, 6 Paar Männersocken und 6 Paar Frauenstrümpfe; für die Bekleidung je 1 Paar Männer- und Frauenhosen, 2 Paar Kinderhosen und 8 maliges Besuchen mit Absätzen von Männerkleidern. Diese nach jetzigen Verhältnissen vielleicht etwas reichlich erscheinende Ausstattung ist deshalb so hoch angenommen worden, weil sie zugleich auch die Kosten für die sonstigen noch notwendigen Bekleidungsgegenstände mit umfaßt soll. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit ergibt sich nach der Berechnung in dieser Erfassung eine Steigerung der Bekleidungskosten um das 56fache.

Insgesamt sind die Lebenshaltungskosten einschließlich Bekleidung im Reichsdurchschnitt bis Juni um das 37,5fache gestiegen.

Eine gewisse Mäßigkeit macht sich in vielen Städten bemerkbar. Jede Mutter entgeht allen damit verbundenen Gefahren für ihren Kleinen, wenn sie unbedenklich zu Nestlé's Rindermilch greift, das alle Vorzüge vollkommener Alpenmilch, unter Ausschluß der nachteiligen frischen Milch, in sich vereinigt und, einfach mit Wasser gekocht, ein ebenso bequem wie reichlich bewährtes Nahrungsmittel bietet.